

Vereins-Anzeiger

Organ des

Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

sowie der freien eingeschriebenen Hilfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Nr. 12

Erscheint alle Sonnabend.
Abonnementpreis Mk. 1.50 pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Claus Grothstraße 1. Fernspr. 5, 8246.

Hamburg,
Sonnabend, 22. März 1913.

Anzeigen kosten die fünfgespaltene Non-
parallegeile oder deren Raum 50 Pfg.
(Der Betrag ist stets vorher einzusenden).
Verbandsanzeigen kosten 25 Pfg. die Zeile.

27. Jahrg.

Verbandskollegen!

In frivolster Weise hat der Arbeitgeberverband für das Malergewerbe der organisierten Gehilfenschaft einen Kampf aufgezwungen, der sie in ihrem wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg hemmen, ihre Organisation schädigen und niederzwingen soll. Dagegen mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln nun front zu machen, erfordert jetzt das Ehr- und Pflichtgefühl eines jeden Berufskollegen. Keiner darf fehlen, wo es gilt das Banner der Organisation hochzuhalten.

Zeigt Kollegen, den Scharfmachern, die mit Lug und Trug die Öffentlichkeit, die Kundschaft zu täuschen versuchen, daß die Gewerkschaftsbewegung weder durch brutale Kampfmittel, noch durch bewusste Verleumdungen, noch durch systematische Züchtung von ehrlosen Arbeiterverrättern niedergezwungen werden kann!

Fester denn je schließt die Reihen, wahrt Eure Verbandstreue! Hoch die Solidarität! Das, Kollegen, sei Eure Antwort auf alle Maßnahmen der Feinde unserer Organisation.

Die allgemeine Aussperrung, eine Blamage für die Führer des Arbeitgeberverbandes.

So jammervoll hatten sich wohl selbst die größten Optimisten unter unsern Kollegen den Beginn und bisherigen Verlauf der gut vorbereiteten Aussperrung des Arbeitgeberverbandes im Malergewerbe nicht vorgestellt, wie er jetzt offenkundig vor aller Welt festliegt. Man hatte in weiten Kreisen immer noch angenommen, daß sich hinter den großen Worten und unerschöpflichen Aufschneidereien der meisten Führer im Arbeitgeberverband wenigstens einigermassen Wirklichkeit verberge, aber nach dem, was die Herrschaften die letzten Wochen offenbaren mußten, war alles nichts als hohler Schein. Vierzigtausend organisierte Malergehilfen sollten, wenn es nach dem Diktum einiger Herren im Arbeitgeberverband gegangen wäre, dem Straßenpflaster überliefert werden; gleichgültig, ob meistertreu, ob alt, ob tüchtig oder nicht. Nur, wo man gleich von vornherein nicht recht traute, wurde Dispens erteilt, und so hielt man es dort mit allen Gehilfen, die man im Interesse eines flotten Geschäftsbetriebes nicht entbehren konnte. So glaubte man dann der Aussperrung kalten Blutes entgegensehen zu können. Doch, gleichgültig wie die Parole von oben lautete, man versuchte es im allgemeinen mit einer Aussperrung ohne besondere Betriebsstörung und überließ es den Herren Führern, bei denen es zumeist überhaupt nichts auszusperrten gibt, die nötigen Tausende Aussperrte auf dem Papier zurechtzufabriken.

Und so geschah es denn, daß es anstatt der in Aussicht gestellten 40 000 Aussperrten, nachdem sich die Situation überblicken ließ, nur wohlgezählte 15 000 vom „sozialdemokratischen“ und 1200 vom christlichen und kirchlich-dunkelsternen Verband waren. Damit könnte eigentlich die ganze Differenz erledigt sein, wenn die Herren, die einen Kampf vom Zaune brechen, um ihre Macht zu zeigen, soviel Mut aufbringen könnten, eine nun einmal erlebte Blamage offen einzugehen. Oder denken die Herren Straegen des Arbeitgeberverbandes etwa, daß ihnen der Zweck der ganzen Aussperrung, unsre Organisation finanziell zu ruinieren, durch diese verpuffte Aktion jemals gelingen könnte?

Ein einfaches Rechenexempel und der neueste Beschluß des Vorstandes und Ausschusses unsers Verbandes, ab 1. April den Wochenbeitrag um 20 Pfg. zu erhöhen, wird den Herren Scharfmachern wieder einmal die Wichtigkeit des Westheischen Wortes von der Kraft, die das Böse will und das Gute schafft, bestätigen. — Was jetzt durch den frivolsten Streich der Scharfmacher unsern Klassen entnommen wird, wird ihnen so schnell wieder zugeführt werden, daß unser Verband, wenn sich der Arbeitgeberverband später einmal von seiner Schluppe erholt haben wird, mindestens so gerüstet da steht, wie gegenwärtig. Dafür wird der gesunde Sinn, die Ueberzeugungskraft und der Opfermut unsrer Kollegen sorgen, denen die brutale Machprobe der Arbeitgeberverbändler einen großartigen Anschauungsunterricht bietet, der mehr wirkt, wie hundert Agitatoren. Und

daß unsre Kollegen die Situation sofort erfaßt haben, beweist die allgemeine Zustimmung, die die Beschlüsse unsrer beiden obersten Verbandsinstanzen gefunden haben und auch dort noch finden werden, wo man im Moment die Notwendigkeit der Maßnahme angesichts des nicht erwarteten geringen Umfangs der Aussperrung noch nicht für nötig hält.

Vorstand und Ausschuss unsres Verbandes glaubten im Bewußtsein ihrer Verantwortung vorbeugen und sich auf einen Kampf einrichten zu müssen, der unsrer Wehr nichts anhaben kann, so lange es auch dem Arbeitgeberverband Vergnügen bereiten mag, ihn weiterzuführen.

Da die Aussperrung nicht den erwarteten Umfang angenommen hat, konnten Vorstand und Ausschuss von der Anregung der außerordentlichen Generalversammlung, einen generellen Extrabeitrag auszuschreiben, absehen. Sie stellten dies vielmehr den Filialen anheim und bestimmten, daß nicht der volle Ertrag der Hauptkasse, sondern daß ein Teil davon auch den Lokalkassen zufließe. Diese zahlen mit wenig Ausnahmen den Kollegen auch während der Karenzzeit, je nach ihrer Leistungsfähigkeit, entweder die volle oder einen Teil der Unterstützung.

Von tödlicher Verlegenheit zeugt das Bestreben einiger Arbeitgeberverbandsführer, die Schuld, daß sie die Aussperrung beschlossen haben, auf unsre Organisation abzuwälzen. Die Arbeitgeber hätten zu ihrem Leidwesen auszusperrten müssen, weil die Gehilfen an verschiedenen Orten vorzeitig in den Streik getreten wären. Das ist natürlich glatter Schwindel und zeigt die Courage der Herren Scharfmacher in einem traurigen Lichte. Vor dem 1. März ist kein Streik entstanden und wo es dann geschah, nur, wenn die Arbeitgeber schon begonnen hatten, auszusperrten oder, nachdem die Ablehnung der Schiedssprüche durch die Unternehmer ebenso wie der Beschluß, die Aussperrung zu verhängen, offiziell bekannt waren. Nachdem jetzt auch die öffentliche Meinung sich gegen die Arbeitgeberverbändler wendet, möchte man, zu feig, die eigenen Beschlüsse zu verteidigen, die Schuld auf andre schieben. Aus diesem Gebaren geht wenigstens deutlich hervor, wie den Herren angesichts des blamablen Verlaufs der „gewaltigen“ Aktion schon die Courage ausgeht; sie möchten es nicht gewesen sein und rufen: „Haltet den Dieb!“ — Daß das gerade Leute tun, die erst am meisten scharf gemacht haben, ist noch besonders originell und bestätigt eine alte Regel, nach der Kuffschneiderei und Feigheit gewöhnlich eng verbunden sind.

Was unsre Unternehmer selbst nicht fertig bringen, suchen sie durch rücksichtslosen Terrorismus zu erreichen. Da werden die nicht auszusperrenden Arbeitgeber durch die Bauunternehmer mit der Hungerpeitsche bedroht, die Hauswirte werden bestürmt, jetzt keine Arbeiten ausführen zu lassen, die Innungen müssen dem Gesetz ins Gesicht schlagen und von ihren Mitgliedern durch Beschlüsse und Kon-

ventionalstrafen die Aussperrung erpressen. Doch auch diese Mittel helfen nicht viel, während unsre Kollegen jetzt vielfach Arbeiten auf eigene Rechnung übernehmen. Sie können ja sehr gut konkurrieren, denn die 25 Proz. Meisterlohn und Profit brauchen sie ja dort, wo es sich besonders darum handelt, den aussperrungslisternen Herren Arbeiten wegzunehmen, nicht voll in Anrechnung zu bringen. Das wird viel Arbeitgeber kurieren, die bisher den Scharfmachern nachgelaufen sind, von denen es so mancher im stillen nicht ungern sehen würde, wenn durch die Aussperrung mancher seiner unbequemen Konkurrenten wirtschaftlich zugrunde geht.

Auffällig ist, daß viele Arbeitgeber, die stets in den ersten Reihen des Arbeitgeberverbandes standen, nicht auszusperrten, ja teils sogar schon unsre Sondertarife unterschrieben haben, die jetzt lebhaft begehrt werden, besonders auch von den größten Firmen. Auch mit dem Bund deutscher Dekorationsmaler stehen wir weiter in Unterhandlungen und haben die vorläufige Abmachung getroffen, daß wir uns bis zur endgültigen Regelung der Verhandlungen beiderseits nicht bekämpfen.

Wir stehen auch kurz vor den bereits angefertigten Verhandlungen mit Innungen und sonstigen örtlichen Arbeitgeberorganisationen, zum Teil auch dort, wie in Hannover, wo die Zwangsinnung gegen vier Stimmen beschloß, die Aussperrung, zu der sie sich erst nur durch eine aufreizende Rede des Hamburger Obermeisters zwingen ließ, wieder aufzuheben.

Das alles zeigt, daß sich die Scharfmacher im Arbeitgeberverband zu viel zutrauen, als sie ihren weittragenden Beschluß leichtfertig saßen. Je größer jedoch die Enttäuschung im Lager der Arbeitgeberverbändler, desto zuverlässlicher und begeisterter die Stimmung in den weiten Kreisen unsrer Kollegenschaft.

Bericht über die Aussperrung aus den einzelnen Bezirken unsres Verbandes.

Nach den genauen Feststellungen in den sieben Bezirken unsres Verbandes kurz vor Redaktionsschluß waren Sonnabend den 15. März 15 770 Kollegen am Kampf beteiligt, gegen 14 994 am Montag den 11. März.

Wir geben hier folgend eine Zusammenstellung. Es betrug die Zahl der Aussperrten, Streikenden und Arbeitslosen am:

	11. März	15. März
Bezirk 1 . . .	3786	4262
„ 2 . . .	1369	1618
„ 3 . . .	3935	3519
„ 4 . . .	1517	1394
„ 5 . . .	2335	2591
„ 6 . . .	1182	1384
„ 7 . . .	870	972
Gesamtverband	14994	15770

Hinzu kommen noch circa 1200 Kollegen des christlichen und Hirsch-Dunderischen Verbandes.

1. Bezirk.

Die Aussperrung hat nun im 1. Bezirk ihren Höhepunkt erreicht, denn zusammen mit den aus den gesperrten Betrieben herausgezogenen rund 400 Kollegen und 586 Arbeitelosen beträgt die Zahl der jetzt am Kampf beteiligten Mitglieder 4262 gegen 3786 am 11. März.

Unternehmerseite ist das Höchstmögliche getan worden, um auch diejenigen Malermeister zum Aussperrern zu zwingen, die freiwillig sich zu solchen Dummheiten nicht hergeben. Wo alles nicht zog, wurden die vom Hund des Baugewerbes auf die Jägernden losgelassen.

Bezeichnend ist, daß besonders in Berlin die Hauswirte und Kunden mit Zirkularen seitens der Arbeitgeber bedacht wurden, in denen zu wiederholten Malen mit recht kräftigen Worten die Hauswirte usw. flehentlich gebeten werden, doch den Malermeistern beizustehen, sonst lieferten sie sich der Sozialdemokratie mit Haut und Haaren aus. Also mit dem roten Tuche wurde kräftig geschwungen.

2. Bezirk.

Die Aussperrung erreichte sich am Schluß der ersten Woche auf neun Orte mit insgesamt 1648 Aussperrten. Die einzelnen Orte sind daran wie folgt beteiligt: Koblenz mit 36, Cöln mit 304, Darmstadt mit 236, Frankfurt a. M. mit 614, Hanau mit 68, Höchst mit 35, Mainz mit 170, Offenbach mit 135 und Worms mit 47 Mitgliedern unseres Verbandes. Der christliche Verband ist im 2. Bezirk mit 119 und der Hirsch-Dunderische Gewerksverein mit 5 Mitgliedern beteiligt.

In diesen neun Wohngebieten waren vor Beginn der Aussperrung 3200 Mitglieder beschäftigt. Nicht ausgesperrt haben neun Wohngebiete mit 1646 Mitgliedern.

Insgesamt zählt der 2. Bezirk 6911 Mitglieder am Schluß des ersten Quartals, so daß also nur 24 Proz. der gesamten Mitglieder des Bezirks an der Aussperrung beteiligt sind.

In einer Reihe von Orten sind im Laufe der Woche eine Anzahl Kollegen herausgezogen worden, um dadurch die Fertigkeitstellung von Arbeiten, die den Unternehmern ganz besonders am Herzen lagen, zu verhindern. Es war ergötzlich, wie einige Unternehmer geradezu geknurrten, man solle ihnen doch diese Leute lassen, sie hätten sich doch nur gezwungen an der Aussperrung beteiligt. In Friedberg und Bad Nauheim sind die Kollegen am 13. März in den Streik getreten. Vergleicht man das Aussperrungsergebnis mit der Parole des Arbeitgeberverbandes, daß am 10. März kein Vater, Anstreicher- und Weißbindergehilfe mehr beschäftigt werden dürfe, so kommt die ganze Schwäche des Arbeitgeberverbandes zum Ausdruck. Und um so größer wirkt die ganze Aussperrungsorder, wenn man weiß, daß der schlimmste Terrorismus angewandt worden ist, um dieses lächerliche Resultat zu erzielen. Die Fernunternehmer haben alle Nerven springen lassen und durch Drohung mit Entziehung der Arbeit auf die Aussperrung eingewirkt. In Frankfurt wurden die Unternehmern ehrenrührig zur Aussperrung verpflichtet und im Falle der Nichterfüllung der Aussperrung mit 1000 Mark Konventionalstrafe bedroht. Aber alle diese Maßnahmen können die Ursache nicht aus der Welt schaffen, daß die Aussperrung im 2. Bezirk mißlungen ist.

Der von den Arbeitgebern herausgegebene Revers blieb vergeblich. Er wurde von unseren Kollegen überall glänzend zurückgewiesen. Die Unternehmer haben kaum auch gar nicht besonders auf die unterschriftliche Anerkennung gedrungen. Daß der Arbeitgeberverband nur darauf im Bezirk eine größere Anzahl von Aussperrten angibt, als wir zählen, darf durchaus nicht wundern, denn er gibt eben die Fiktion an, die ihm als geschützter Bereich angedeutet werden. Dem Arbeitgeberverband kommt es außerdem, seine Stärke als Zahlenresultat zu behaupten. Sonderverträge waren bis zum Schluß der Sache bereits 115 abgeschlossen für über 600 beschäftigte Kollegen. Eine Anzahl organisierter Arbeiter, darunter ganz bedeutende Firmen, haben gleichfalls Sonderverträge anerkannt, die durchweg günstigere Bedingungen für sich enthalten als die Schiedssprüche.

Koch groß ist die Nachfrage nach Gehilfen von Seiten der Arbeitgeber, die ihre Arbeiten nun selbst ausführen wollen. Auch die Uebertragung von Arbeiten an die Aussperrten nimmt täglich zu, daran können alle Mitglieder des Arbeitgeberverbandes nichts ändern. Der Streik der Aussperrten ist ein ganz vorzüglicher, er ist ein Beweis, daß es sich bei diesem Kampf handelt um die Interessen des Verbandes und nicht um die Interessen einzelner Kollegen. Überall mit Freigabe entgegen.

nommen. Man erkennt die Situation und ist zu jedem Opfer bereit, dazu beizutragen, den uns ausgezwungenen Kampf gründlich abzuschlagen.

3. Bezirk.

Es besteht kein Zweifel mehr darüber, daß die allgemeine Aussperrung im Malergewerbe auf besonderes Betreiben des Gewerksverbandes Norddeutschland zurückzuführen ist. Dessen maßgebende Stellen haben deshalb auch ein lebhaftes Interesse daran, die Sache zu einem guten Ende zu führen. Darum werden die bescheidensten Aussperrungsergebnisse im glänzendsten Lichte gegenüber der Öffentlichkeit dargestellt, und nur noch wenige Tage, dann wird man die „vollständige Niederlage“ der Gehilfenorganisation besiegeln. Diese journalistischen Erzeugnisse übernimmt auch die Presse der übrigen Gewerksverbände, als ein Vorbild für ihre eigenen Führer, die sich gegenüber dem „beliebten Erzieher“ in den Schatten stellen müssen. Denn Leipzig, München usw. sind ja Jammerresultate gegenüber Hamburg, wo man auf einen Schlag „5000“ Gehilfen ausgesperrt hat. Die Presse der alten Hanseaten wußte zu berichten, daß in Hamburg in den ersten beiden Tagen schon 4000 Malergehilfen auf der Straße lagen. Am zehnten Tage berichtet die gleiche Presse, „daß von den 2600 (!) in Hamburg beschäftigten Gehilfen nur noch 180 in Arbeit stehen“. Somit sind innerhalb einer Woche schon 3000 Gehilfen auf dem „statistischen Bureau“ der Arbeitgeber verloren gegangen. Es arbeiteten nach unserer Aufstellung am 15. März in Hamburg noch 2851 von unseren Verbandsmitgliedern. Nun vergleiche man die Nachrichten der Unternehmer, die mit solchen falschen Darstellungen versuchen, ihr jämmerliches Resultat in einen glänzenden Erfolg umzuwandeln. Die Resultate der übrigen Orte im Gau Norddeutschland sind zum mindesten dreimal durch die Hechenmaschine gelaufen. Die Gauleitung berichtet, daß im Gau I bereits über 9200 Sozialdemokraten ausgesperrt sind. Nehmen wir an, daß eine solche Bezeichnung nur halbwegs haltbar gebraucht ist, so wird es ein nettes Geheimnis des Verfassers bleiben, wo jemals so viel Gehilfen beschäftigt waren. Im Mai 1912 wurden von uns im dritten Bezirk 10.049 beschäftigte Gehilfen ermittelt, hiervon entfallen 4387 auf Hamburg, somit auf die übrigen Wohngebiete 5662 Gehilfen. Wenn nun nach Ausgabe der Unternehmer in Hamburg 1920 Gehilfen ausgesperrt sind, so müssen in den übrigen Orten 7280 Gehilfen ausgesperrt sein, somit 1618 mehr als in der Zeit der besten Konjunktur beschäftigt waren. Die genaue Zahl der Aussperrten und Streikenden betrug nach unserer Zusammenstellungen am 10. März 3998. Bis zum 15. März ist in 15 Orten die Zahl um 133 gestiegen, während in 22 Wohngebieten dieselbe um 655 zurückgegangen ist. Es sind hier von 229 verheiratete und 254 ledige Kollegen bisher davon betroffen. Am 15. März betrug die Gesamtzahl der Aussperrten und Streikenden im dritten Bezirk 3319. Demgegenüber vergleiche man die Latarenachrichten der Unternehmer. Von der gleichen Stelle aus wird weiter verkündet, daß 3650 Meister sich an der Aussperrung beteiligt haben. Wenn auch die Unternehmerorganisation sich auf einige Städte mehr erstreckt als die unsrige für den Bezirk Norddeutschland, so ändert dieses sehr wenig. Im dritten Bezirk beträgt nach unserer Zusammenstellung die Zahl der Meister, welche sich an der Aussperrung bisher beteiligt haben, 1189, das ist noch nicht ein Drittel von dem, was von Unternehmerseite behauptet wird. In sechs Wohngebieten haben die Unternehmer bisher überhaupt noch nicht den Aussperrungsbeschuß durchgeführt. Es wird von Unternehmerseite weiter behauptet, daß ihre Organisation täglich an Mitgliedern zunimmt. Besonders Aufschlag hierbei gibt wohl Hannover, dort hat der Gewerksverbandsvorsitzende die ganze Zwangsinnung am 6. März gewonnen. Dieselbe hat sogleich beschloffen, am 10. März sämtliche Gehilfen auszusperrn. Es haben 68 Meister 232 Gehilfen ausgesperrt, während 361 Meister sich dem Beschuß nicht gefügt haben. Bereits am 14. März hat diese gleiche Innung gegen vier Stimmen beschloffen, die Aussperrung wieder anzuhängen.

So sehen die Erfolge der Aussperrung genau bejehen an. Außerdem hat man recht große Hoffnungen auf die Materialsperrung gesetzt. Nachdem einige unserer Filialen den Einlaß von Materialien in die Hand genommen haben, kommen fortgesetzt Farben-Reisende, die auch gern etwas verkaufen möchten, weil sie erfahren haben, daß unsererseits die Rechnungen sofort bezahlt werden. In einigen Orten sehen wir schon mit den Innungen in Unterhandlungen zwecks Abschluß eines schriftlichen Tarifvertrages. Andererseits hat der Arbeitgeberverband selbst diejenigen Mitgliedschaften, wo die örtlichen Tarifverträge noch nicht abgeschlossen sind, zum Tarifbruch angefordert. Nachdem die Hoffnungen über die Aussperrung sich bei weitem nicht erfüllt haben, sucht man den Kampfplatz zu erweitern dadurch, daß man

*) Um dieses richtig zu stellen, sind verschiedentliche Berichtigungen in der hiesigen Presse erfolgt. In Kiel, wo die Führer des Arbeitgeberverbandes Aktionäre dieser Presse sind, hat man eine Erwiderung als Annonce aufzunehmen abgelehnt, obgleich man deren Inhalt als vollständig bezogen hat. Alle Mittel werden angewandt, um die Wahrheit nicht zu die Öffentlichkeit bringen zu lassen.

an die Hotelbesitzer und Warenhandhaber herangetreten ist und von diesen verlangt, die von ihnen beschäftigten Maler auszusperrn. Nachdem man dort höflichst abgewiesen ist, macht man den Malermeistern die weitere Hoffnung, daß die Werkbesitzer ihre Sympathie ausgesprochen haben. Wir können konstatieren, daß dort inzwischen ein Teil der Aussperrten schon eingestellt ist. Mit dem Unterschreiben des berüchtigten Reverses macht man auch keine Geschäfte, obgleich die Meister sich bereit erklären, die 20 Mk. selbst zahlen zu wollen. Alles in allem besteht unter unseren Kollegen eine gute Stimmung über die vertratete Kraftprobe.

4. Bezirk.

Wohl in wenigen der andern Bezirke ist so strapallos mit allen Mitteln des Terrors gearbeitet worden, um die Aussperrung nicht allzu lässig erscheinen zu lassen, wie in Rheinland-Westfalen. Besonders sind hier dazu die Innungen in ganz unerhörtem Maße mißbraucht worden.

Am tollsten haben es in dieser Hinsicht u. a. die Dielesfelder Arbeitgeberverbände getrieben. Als verschiedene kategorische Aufforderungen an die Innungsmitglieder unter Hinweis auf den Strafparagrafen der Innung, die organisierten Gehilfen auszusperrn, nichts fruchteten, wurde verboten, für andre Gerüste aufzustellen und gedroht, solche Arbeitgeber sofort bei der Berufsgenossenschaft zu denunzieren, die die Unfallverhütungsvorschriften übertreten (!!!).

Als nun trotzdem die Aussperrung noch nicht, wie erwartet, erfolgte, denn von 177 unserer Mitglieder sind nur 72 ausgesperrt, wovon nur noch 49 ohne Arbeit sind, ist man zu schärferen Maßnahmen übergegangen und hat allen Arbeitgebern, die bei der Innungsstrafentasse die Gehilfen nicht abmehlten, ein Zirkular zugesandt, in dem in jedem Einzelfalle der Nichtinnehaltung des Aussperrungsbeschlusses eine Strafe von 20 Mk. angedroht wurde. Die Kontrolle übt eine Kommission von fünf Mitgliedern aus.

Tatsächlich hat man auch angefangen, die Strafe einzuziehen, was jedoch nicht so leicht sein wird, da diese Arbeitgeber wohl den gesetzlichen Weg beschreiten werden gegen derartigen Unfug.

Auch ein andres Zirkular der Dürener Innung und des Arbeitgeberverbandes läßt erkennen, was für Anstrengungen gemacht werden mußten, um die Aussperrung aufrechtzuerhalten. Es lautet:

„Werter Herr Kollege! In der Versammlung der Innung und des Arbeitgeberverbandes am 7. d. M. wurde folgendes zum Beschluß erhoben: a) Heute Samstag, den 8. d. M., sind sämtliche organisierte Gehilfen auszusperrn. b) Den Nichtorganisierten ist bei liegender Revers zur Unterschrift vorzulegen. c) Es ist unter keinen Umständen gestattet, daß ein Meister einen ausgesperrten Gehilfen in Arbeit stellt. d) Sollte ein Meister Arbeiten übernehmen und ausführen, welche ein Kollege schon in Auftrag hatte, so muß er sich der von der Versammlung angeordneten Strafe unterziehen. e) Dieselbe beträgt für jeden eingestellten Gehilfen 20 Mk., für jede unberechtigte Ausführung der Arbeit 20 Proz. Strafe der Rechnungssumme, auf alle Fälle beträgt die Strafe mindestens 100 Mk. für jede ausgeführte Arbeit.“

Indem wir Ihnen vorstehendes unterbreiten, erwarten wir, daß Sie in Ihrem eignen Interesse sowie im Interesse des gesamten Gewerbes den gefassten Beschlüssen Folge leisten.

Die Ueberwachungskommission.

Wo eine Zwangsinnung nicht besteht, muß ein andres Denunziationsmittel zur Förderung der Aussperrung und Verhinderung der Abschlüsse von Sonderverträgen dienen. Der Ortsverband Remscheid veröffentlicht folgende Annonce:

Zur Beachtung! Verschiedene Arbeitgeber versuchen durch Abschluß von Sonderverträgen mit den Gehilfen dem Arbeitgeberverband für das Malergewerbe, Ortsgruppe Remscheid, den Lohnkampf zu erschweren. Wir werden alle Arbeitgeber, welche durch dieses Vorgehen nicht nur unser Interesse, sondern auch das ihrer Siundschaft zu schädigen versuchen, öffentlich bekanntmachen, ferner den Arbeitgeber-Schutzverband im Baugewerbe und den Arbeitgeberverband des Berg-Fabrikanten-Vereins bekanntgeben. Wir bitten ferner die gesamte Bürgerschaft um Schutz. Hochachtungsvoll

Ortsverband Remscheid des Arbeitgeber-Verbandes für das Maler-, Anstreicher und verw. Gewerbe, Gau II in Rheinland-Westfalen.

Auch zum Tarifbruch wird ein Arbeitgeber, der mit uns im Vertragsverhältnis steht und noch der Tarif weiterläuft, von der Geschäftsstelle des Gaus II angefordert. „Die Gehilfen sollen ausgesperrt werden, auch dann, wenn ein Tarifbruch begangen wird.“

Wie nachfolgende Zusammenstellung zeigt, haben aber alle diese Rationierungen es nicht vermocht das so oft betonte Wort: „Wir haben jetzt die Macht“, zur Wahrheit werden zu lassen.

Aussperrt wurden bis Donnerstag den 13. März in 31 Wohngebieten 1635 Mitglieder. Freiwillig legten die Arbeit nieder 178 Mitglieder. Am Donnerstag waren von den Aussperrten nur noch 1394 außer Arbeit. Mitglieder zählte unser Verband in den 36 Wohngebieten 4665. Die christliche Organisation zählt circa 2000 Mitglieder, wovon circa 600 ausgesperrt sind. Im ganzen zählen beide Verbände circa 7000 Mitglieder, wovon der Arbeitgeberverband 2235 auszusperrn vermochte.

Am Stige des Arbeitgeberverbandes, in Darmen-Eberfeld, wurden von 430 Mitgliedern nur 169 ausgesperrt, in Eßln von 625 nur 109, in Düsseldorf von 600 nur 179, in Essen von 480 nur 179 usw.

Die Prahlerei des „großen“ Arbeitgeberführers hier, der von unserm Gewerbe so viel versteht wie der Esel vom Lautenschlagen, hat also elend Schiffbruch gelitten. In allen Orten werden den Arbeitgebern Sonderverträge vorgelegt werden, und wird im Falle einer Ablehnung das Kampffeld durch die Gehilfenorganisation im passenden Moment vergrößert werden.

5. Bezirk.

Von 3793 Meistern haben bis 15. März 557 ausgesperrt. Im Streit stehen in Chemnitz 389, in Mühlhausen 48, in Weimar 105, in Gera 145, zusammen also 687 Kollegen. Ingesamt mit den Ausgesperrten sind nun von 9937 Gehilfen 2591, rund 26,1 Proz. am Kampfe beteiligt. 30 Tarifgebiete sind überhaupt nicht von der Aussperrung betroffen. Sondertarife sind bereits mit 140 Firmen abgeschlossen. In einer Anzahl Orte finden zurzeit Verhandlungen mit Innungen und andern Arbeitgebervereinen statt.

6. Bezirk.

Nachdem die ersten Nachrichten über die Aussperrungsaktion des Arbeitgeberverbandes bekannt geworden, harrten die Kollegen allerorts gespannt der Dinge, die da kommen sollten. Die ersten Aussperrungen erfolgten in Diebenhofen, Weh und Neustadt a. S. am 6. März. Die übrigen Städte folgten dann am Montag den 10. März hintennach. Wir erinnerten uns an die süddeutsche „Feuerprobe“ von 1908 und dachten, dieses Mal wird es bei unsern Meistern wohl besser klappen. Doch das Bild, das sich nach Eingang der ersten Meldungen ergab, entsprach in keiner Weise den Erwartungen, am wenigsten sicher denjenigen der Scharfmacher. Die Aktion von 1913 blieb weit hinter dem doch ziemlich mageren Aussperrungsergebnis von 1908 zurück, und an dieser Tatsache vermochten selbst die gewaltigen Anstrengungen, die besonders im badiischen Musterlande unternommen wurden, nichts mehr zu ändern. Die Aussperrung im sechsten Bezirk ist verträglich! Das können wir heute feststellen. Am stärksten setzte sie ein im Mannheimer Gebiet, wo zur Stunde in Mannheim selbst aus 48 Betrieben 194 Kollegen ausgesperrt sind, in Heidelberg aus 19 Betrieben 74 Kollegen und in Ludwigshafen aus sechs Betrieben 81 Kollegen. Dann folgt Straßburg mit 30 Betrieben und 188 Ausgesperrten, Pforzheim mit 25 Betrieben und 112 Ausgesperrten. Schmächtig hineingefallen sind unsere württembergischen Führer Rommelsbacher und Fuchs, die in Stuttgart mit ihrem Vorgehen ziemlich vereinzelt blieben auf weiter Flur; von 276 Betrieben mit zurzeit 870 organisierten Beschäftigten sind aus 51 Betrieben nur 187 Kollegen ausgesperrt, in Heilbronn 28 Kollegen; im ganzen württembergischen Gebiet haben von 24 beteiligten Orten nur 17 ausgesperrt, und zwar 129 Betriebe mit 374 Kollegen. In Baden beträgt die Zahl der Ausgesperrten insgesamt 554, in Elsaß-Lothringen 279 und in der Pfalz 177 Kollegen. Die Gesamtzahl der Ausgesperrten im sechsten Bezirk beträgt zur Stunde 1384, woraus sich ergibt, daß eine nennenswerte Ausdehnung der Aussperrung nirgends eingetreten ist. Dabei kommt aber in Betracht, daß von diesen Kollegen ein ganz beträchtlicher Teil zu den neuen Bedingungen wieder in Arbeit steht und der Abschluß von Sonderverträgen, die wir erst am Donnerstag zum Versand bringen konnten, nun allenthalben einzusetzen beginnt. Bis jetzt haben wir erst aus zwei Orten hierüber Mitteilung erhalten, doch betrug die Zahl der gemeldeten Abschlüsse am Samstag früh bereits 84.

Die Stimmung unsrer im Kampfe stehenden Kollegen ist eine vorzügliche, man sieht der weiteren Entwicklung des Kampfes mit großer Ruhe und Entschlossenheit entgegen.

Auf unsre Veranlassung sind die Kollegen in einzelnen Betrieben in den Streit getreten; in Metz, Ra-dolfzell und Konstanz wurde die Aussperrung ebenfalls mit einer allgemeinen Arbeitsniederlegung beantwortet, in Singen die auf den 22. März ausgesprochene Kündigung bezweigen, so daß sich die Zahl der Streitenden zur Stunde auf insgesamt 168 Kollegen beläuft. Die Gesamtzahl der am Kampfe beteiligten Kollegen beträgt 1598. In Landau, Birmaszen, Kalen, Sellbach, Friedrichshafen, Schwenningen, Colmar, Gebweiler und Baden-Baden wurde überhaupt nicht ausgesperrt.

Soweit Meldungen vorliegen über die Beteiligung der christlichen und kirchlich-Dunderschen Mitglieder, soll deren Aussperrtenziffer 118 betragen. In den ersten Tagen nach Bekanntwerden der Scharfmacherpläne hatte eine ungeheure Entrüstung die Kollegen erfaßt, und es bedurfte in einer Reihe von Orten bedeutender Anstrengungen, um die Kollegen von übereiltem Handeln zurückzuhalten. Besonders in Mannheim-Ludwigshafen kam eine ungeheure Erbitterung über das Verhalten der Arbeitgeber zum Ausbruch und die Stimmung war selbst in den Kreisen der alten und ruhigen Kollegen für sofortige Arbeitsniederlegung. Keinhlich war die Stimmung auch in einer Reihe anderer Orte; doch kann gesagt wer-

den, daß die Kollegen sich allenthalben den taktischen Maßnahmen der Verbandsleitung angepaßt haben.

7. Bezirk.

In Bayern hat die Aussperrung keine wesentlichen Fortschritte gemacht. Die Zahl der Ausgesperrten ist von 870 auf 972 gestiegen. Darunter befinden sich Augsburg mit 36, Bamberg mit 46, Bayreuth mit 55, Hof mit 47, Hirsch mit 33, München mit 46, Nürnberg mit 290, Regensburg mit 95, Würzburg mit 225 Beteiligten. Auch hier wird der unerhörteste Terrorismus auf die nicht aussperrenden Meister von den Scharfmachern

Kreuzträger.

Steh, wie sie wandern auf den grauen Straßen,
hungerbleich und schweigend,
Erstarrten Blicks, das Antlitz tief gesenkt,
den müden Rücken neigend,
Als wolle alle Schmach der Welt sich grausam
auf dem Nacken ballen,
Als müsse jäh ein Blitz aus stiller Luft
auf ihren Schepfel fallen —
Verstößene, Versunkene, Verlovene,
umsonst geborene.

Steh, wie sie hocken in den stillen Stuben
und im Dunkel weinen,
Als könne nie ein Stern, die Sonne nie
in ihre Qualen scheinen;
Als sei untragbar all der Elendsfluch,
die Kette bitterer Schmerzen,
Als züchle jede Stunde neu den Speer,
zielend nach ihrem Herzen —
Beladene, die an des Schicksals Ruten
und an den eigenen Hengsten still ver-
bluten.

Einsame steh durch dieses kalte Dasein heucheln,
vom Suchen blind,
Die immer wieder ihre Arme breiter
nach Seelen, die nicht sind;
Wundmäden Fußes und sehnsüchtigen Auges
wandern sie einher,
Und jeder Tag ist Hoffnungstod, ist Zweifelstast,
ist grau und schwer —
Vertreite, Träumer in dem Labyrinth,
die ohne Liebe sind.

Die Oesen glüht. Die Esse qualmt.
Die roten Feuergarben fliehen;
Es faucht, es dröhnt und ächzt,
und Rad und Welle blüht in den Getrieben;
Die Felle knirscht, das Eisen klirrt
und heißer Schweiß tropft auf die Dielen;
Von harten Händen leuchten rot wie Nägel-
male blutige Schwielen —
Geplagte, Schaffende, Arbeitgewelhte,
kämpfende Unbefreite.

Kreuzträger . . . ja, die Müden fallen auf dem
Wege. Starke tragen
Mit fester Hand das Kreuz zur Richtstätte
— um es zu zerbrechen;
Den einen streut der Frühling seine Blüten
auf das Grab. Die andern
steht hell've Ostermorgenluft
in heimbegränte Mauern wandern. [Iron,
Wo hart das Feld und grau die Heide
reckt sich zur Sonne junge Kraft empor.

Ernst Brezang.

ausgeübt. In Nürnberg versucht man es mit Wechsel-eintreiben, doch hilft auch dieses nicht.

Nicht zu verstehen ist, daß, wie in Würzburg, eine Reihe von Behörden, die für ihre Angestellten selbst Gehaltserhöhungen durchsetzten, ohne weiteres die angefangenen Arbeiten bis auf weiteres unfertig liegen lassen, nur um die Arbeiter, die doch mit ihrem geringen Einkommen (der durchschnittliche Jahresverdienst für einen Maler- und Ländergehilfen beträgt — mit Rücksicht auf die große Arbeitslosigkeit — ca. 900 Mk.) wahrhaftig die paar Pfennige Lohnerhöhung notwendig brauchen, hessen niederzuringen. Daß die christlich ge-

sinnten Zentrummeister in den vordersten Reihen der Aussperrter stehen, ist selbstverständlich. Güt christlich; richtige, brave Bürgermänner, die angeblich bereit sind, auf alles zu verzichten, sich aber nichts an ihren wohlgefüllten Geldbeuteln und Bäuchen abgeben lassen. Die Selbsttragenden bei diesem Kampfe werden die kleinen Meister sein, die in ihrem Geschäfte tätig sein müssen.

Die Presse des Arbeitgeberverbandes in großer Kalamität.

Zeigt schon die ganze Aufmachung der letzten Nummer der Presse des Arbeitgeberverbandes der ver-schiedensten Gattungen eine sonst bei ihr — die bisher die wichtigsten Begebenheiten im Stile amerikanischer Melodramen schier endlos auszunutzen verstand — so ganz und gar nicht gewohnte Eintönigkeit, aus der, wenn nichts anderes, so mindestens vollständige Belohnenheit spricht, so zeigt ihr Inhalt größte Verlegenheit.

Zunächst Herr Hansen. Der wiederholt in seiner Zeitung fast wörtlich, was er schon mehrfach von sich gab. Die zwei Millionen des freien Verbandes müßten klein werden, damit es 1916 keinen Kampf gibt. Durch die Aussperrung ist der „dreijährige Standaal mit dem § 11 glücklich vermieden und wir (?) machen den Tisch jetzt auf einmal in einigen Wochen rein. Die Grünlinge und Streber und die Reider, die in den Gewerkschaften das große Wort führen, kriegen nun einmal ihren Willen, sich an den verhassten Anrainern zu reiben . . . Unser Kampf richtet sich nur gegen die Organisation, deren unannehmliche Forderungen, gegen die unbrauchbaren Schiedsprüche und schließlich kämpfen wir für die Ordnung und für den erträglichen Tariffrieden in unsern Werkstätten . . . Die beste Verteidigung ist der Hieb . . . Es knippt auf der ganzen Linie. Wir wollen zu unsrer Freude feststellen, daß unsre kühnsten Erwartungen über den Zusammenhalt der Kollegen und über ihre Verbandsstreue durch die Tatsachen bei weitem übertroffen worden sind. Die Zahl der Untreuen im ganzen Gau sind noch keine 100 Meister. (11) Wir haben im Gauverbande rund 3600 Mitglieder. Die am Kampfe beteiligten Werkstätten erstrecken sich aber auf rund 4000 Werkstellen.“ (Da ebenso viel Gehilfen ausgesperrt sind, ist also in jeder Werkstelle durchschnittlich ein ganzer Gehilfe ausgesperrt worden. Arb. d. „V.-M.“) „Kollegen, seid auf dem Posten und haltet weiter fest an der Schneidigkeit, mit der ihr die Bewegung begonnen habt. Dann ist der Erfolg unser.“

Als Herr Hansen diese Leistung zu Papier brachte, ahnte er wohl noch nicht, daß wenige Stunden später z. B. die hannoversche Zwangsinnung die Aufhebung der Aussperrung beschließen würde. Oder hat er doch so etwas Ähnliches oder noch bevorstehend Schlimmeres vermutet und darum unterlassen, den Artikel mit einem dreimaligen „Hurra!“ zu schließen? Gut hätte sich auch ausgenommen der Wahlspruch, den Herr Kruse immer im Munde führt: „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“

Die „Westdeutsche Maler-Zeitung“ berichtet, daß im Rheinland eigentlich alles, aber auch alles ausgesperrt wurde. Was, um den Betrieb aufrechtzuerhalten, nicht ausgesperrt ist, hat den Meisters unterschrieben. Wenn nur hier Dr. Coelsch nicht dieselbe gloriose Methode angewandt hat, wie bei seinen Statistiken in der Düsseldorf-Kirmeswoche und über seine Jubiläumsarbeiter, mit deren Bekanntgabe er bei den Berliner Verhandlungen bei Freund und Feind ein so herzerfrischendes Lachen provozierte. Herr Dr. Coelsch möchte auch partout nach seiner Methode den Ziffern aus den andern Gauen auf die Beine helfen, denn nach seinen Berechnungen sind im Gau I 9300 Gehilfen ausgesperrt, da aber nur 800 mehr dort beschäftigt sind, kann er sich das nur so erklären, daß diese den Meisters unterschrieben haben. Auch in Berlin sind nach der Methode eines Dr. Coelsch anstatt 1800 natürlich 4000 Gehilfen ausgesperrt und was ist danach selbstverständlicher, als daß in ganz Süddeutschland anstatt 3000 mindestens 4700 Gehilfen ausgesperrt sind. In München müßten es anstatt 40 also mindestens 80 sein. Und das nennt die ungläubige sozialdemokratische und bürgerliche Presse eine verunglückte Aussperrung! Nach diesen neuesten Zahlenknäuelchen wird die schon in Berlin lebhaft besprochene Frage wieder aktuell, welche Universtität sich nur eigentlich mag rühmen können, Herrn Dr. Coelsch die Kenntnisse beigebracht zu haben, die ihn als Syndikus des Rheinisch-Westfälischen Arbeitgeberverbandes im Malergewerbe so unentbehrlich machen.

Da „Der Maler“, das Organ des Herrn Köhler aus Leipzig, in seiner letzten Nummer in der Hauptsache nur in einem ebenso langatmigen wie trockenen Artikel sich abquält, an der Schlechtigkeit des neuen Tarifschemas nachzuweisen, wie notwendig die Aussperrung war, müssen wir auf die viel lebhafter, im Vorgefühle großen Ruhms geschriebene vorletzte Nummer zurückgreifen. Danach hat Herr Köhler in einer Leipziger Versammlung, nachdem er alles das gesagt hatte, was Herr Hansen über das Ziel des Kampfes ausgeplaudert hat, erklärt: „Leipzig hat immer an der Spitze marschiert. Wie 1907, so wird es auch dieses Mal wieder auf dem Posten sein. Fest zusammenhalten muß man jetzt. Je besser man dies tut,

um so länger und schmerzloser der Kampf für die Meister wie für die Gehilfen. Auszusperren sind nicht nur die Organisierten, sondern auch die Nichtorganisierten. Unsere Truppen sind jetzt auf dem Marsch. Nur fest zusammenhalten, alle Stürme werden wir bestehen." — Nachdem dieser fulminante Appell die weitbewegende Folge gezeitigt hat, daß in Leipzig 80 (achtzig) unserer Kollegen ausgesperrt wurden, wird es wohl diesmal selbst Herr Köhler bei der ihm nun einmal angeborenen Wahrheitsliebe einige Ueberwindung gekostet haben, unter dem 16. März also zu schreiben: „Und will man den Kampf siegreich bestehen, so bleibe man standhaft." — Dabei ist zu beachten, daß es dem großen Taktiker in andern Städten seines Gaus noch schlechter als in Leipzig ergeht.

Die übrigen Organe des Arbeitgeberverbandes schenken wir uns für heute; denn sie sind auf den gleichen Ton gestimmt.

Eine andere Stimme aus Arbeitgeberkreisen.

Um die Situation auch einmal so zu beleuchten, wie sie sicher Tausende von Malermeistern beurteilen, drücken wir hier ab, was der Vorwunder Presse aus der dortigen Malerinnung übermittelte und von ihr abgedruckt wurde:

„Der am 5. März er. in der Versammlung des Arbeitgeberbundes gefasste Beschluß, eine Aussperrung der Gehilfen in hiesiger Stadt nicht vorzunehmen, rief bei allen Nachkollegen, welche dem Arbeitgeberbunde nicht angehören, lebhafteste Verwirrung hervor. Mit Recht lagte man sich, daß wohl von keinem Gewerbe der Friede so erwünscht sei, wie gerade in unserem Saison-Veruf. Man muß bedenken, daß unparteiliche, rechtlich denkende Männer aus den entferntesten Teilen des Reichs Wochen hindurch in Berlin Beratungen gepflegt, um beiden Parteien gerecht zu werden. Nach reichlichen Auseinandersetzungen und Vermöge der fühlbaren Feuerung und Nebenausgaben im Wirtschaftslieben wurde den Gehilfen eine Lohnaufbesserung von 2 Pfg. pro Stunde bewilligt. Jeder ehrlich denkende Bürger, welcher dem Grundtag halbtägig, leben und leben lassen, wird den Arbeitern des Maler- und Anstreicherberufes diese kleine Lohnaufbesserung von Herzen gönnen. Sehen wir doch, daß Staats- und Kommunalbehörden auch ihren Angestellten nach Möglichkeit Beihilfen gewähren und kein Steuerzahler wird je ein Wort abfälliger Kritik an dieser bräunlichen Handlungswelt üben. Leider haben es unersättliche Agitatoren, welche mit dem Maler- und Anstreicherberuf nicht in Zusammenhang gebracht werden können, fertig gebracht, in einer am 10. März er. stattgefundenen Versammlung des Arbeitgeberbundes den bereits gefassten Beschluß, die in ihrem Veruf organisierten Gehilfen nicht auszusperrten, umzuwerfen und die Gehilfen am Freitag, 11. März, auf die Straße zu werfen, um, wie die Agitatoren von auswärts angeben, von den bewilligten 2 Pfg. Lohnaufbesserung 1 Pfg. abzuziehen und sonst noch belanglose Änderungen im Tarif zu fordern. Beschämend ist es für unsren Beruf, daß ein früherer Akademiker, welcher jetzt im Arbeitgeber-Verband einen mit 6000 Mk. dotierten Posten als Sekretär bekleidet, es fertig gebracht hat, die Nachkollegen von einem vernünftig gefassten Beschluß, Frieden in unserer Stadt zu halten, abzuwehren und Unfrieden hervorzubringen. In den letzten Tagen brachten die Tageszeitungen die Kunde, daß die Arbeitgeber sowie Gehilfen des Streikerberufes in der gemeinschaftlichen Sitzung der Tarifkommission in Berlin für längere Jahre den Frieden im Veruf geichert haben. Andere Verufe in Deutschland verstanden gleich gute Resultate. Nur in unserem Gewerbe soll Unfrieden, soll Krieg sein, der in wirtschaftlicher Beziehung nicht allein für beide Teile schädlich ist, sondern auch andere Verufe in Deutschland ziehen wird. Haben denn diese Herren, welche von auswärts den Janapfel in unsere Stadt werfen, die Tragweite ihrer Handlungen so wenig und vernunftlos übersehen? Man höre von unsren Nachkollegen doch so viel Verurteilung herüberlesen, daß dieselben den einmal gefassten Beschluß im Interesse unseres Gewerbes hochhalten und jede Provokation und Nachrede mit den Gehilfen verwerfen. Verbund muß anerkannt werden, daß die Gehilfen die Schiedsentscheidungen anerkannt haben und gar nicht daran denken, in einen Streit einzutreten. Wenn nun unsere Arbeitgeber aus dem gefassten Beschluß am 11. März, die Konsequenzen ziehen, aber erst daran denken, daß eine Aussperrung sich längere Zeit hinziehen kann; es können Monate vergehen, so nachdem die Parteien die materiellen Opfer erbracht und zu bringen. Aber ob die verlorene Zeit es jemals bezahlt machen wird, ist wohl auch schon zu bezweifeln. Jeder Tag bringt Ausgabem und Kosten mit jeder Tag ohne Arbeitsleistung und Gehalt. Es bringt materiellen Verlust. Hoffentlich geht es bei uns in Dortmund wie in anderen Großstädten, daß es nur einzelne Verhältnisse sind, die es sich erlaubt haben können und einen Teil der Gehilfen auszusperrten lassen. Die feindlichen Meister sinden als in vernünftiger Weise mit den Schiedsentscheidungen ab. Liebe erzählt — Unruhe zieht."

Stimmen aus andern bürgerlichen Kreisen.

Der „Soziale Praxis", ein wegen seines gewissenhaft abgemessenen Urteils allgemein geschätztes bürgerliches Organ, schreibt zu der Aussperrung, nachdem es die bestimmten Tatsachen und offiziellen Nachrichten des Arbeitgeberverbandes registriert hat, u. a.:

„Nach der ganzen Entwicklungslinie dieser Aussperrung ist es nicht verwunderlich, daß die Durchführung der Aussperrung nicht ohne Schwierigkeiten ab. Es ist keine rasche Kampfesstrategie

vorhanden. Im gesamten Gau Hamburg waren eine Woche nach Beginn erst 30 Proz. (2844 von 9596 Beschäftigten) ausgesperrt, in Groß-Berlin am 10. März 1843 bei mehr als 8000 Beschäftigten. Der christliche Malerverband schätzt, daß von 4000 bei organisierten Meistern beschäftigten christlichen Gehilfen rund 800 ausgesperrt sind. In der beschlußfassenden Versammlung der Berliner Malereigeschäfte hat der Berliner Obermeister Kruse geradezu sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß die Arbeitgeber den Anfang mit dem Kampfe machen mußten. Die Tatsache eben, daß drei von den Malermeistern selbst berufene Unparteiliche in ihrem Schiedsbespruche die Forderungen gegen die jetzt der Aussperrungskampf geht, für den erträglichsten Interessenausgleich erklärt haben, stimmt nicht nur die unbetheilte öffentliche Meinung, sondern auch die beteiligten Malermeister bebenflich, ob sich ein Kiesenkampf darum lohne und aussichtsreich sei."

Dann heißt es, „die positiven Kampfziele und Forderungen, welche die Malermeister mit der Aussperrung durchsetzen wollen, sind, abgesehen von der Lohnfrage, nicht ganz klar". Und nachdem dann die „Soziale Praxis" das Wesentlichste aus dem Zirkulare des Unternehmerverbandes darüber zitiert hat, heißt es:

„Man kann nicht gerade zugeben, daß hier Lebensfragen des Malergewerbes angeführt werden, deren glatte Regelung für die Arbeitgeber selbst das Opfer eines Kiesenkampfes gering erscheinen lassen muß. Die Malergehilfen haben, verglichen damit, noch schwerere Ausstellungen an den Schiedsbespruchen zu machen gehabt."

Nachdem die Resolution der außerordentlichen Generalversammlung unsres Verbandes abgedruckt worden ist, wird bemerkt:

„Die Malergehilfen haben sich mit der Abschlagszahlung der Schiedsbespruche begnügt, weil auf friedlichem Wege nicht mehr zu erreichen war; aber sie haben allem Anscheine nach auf ebensoviel verzichten müssen, wie den Arbeitgebern in dem Schiedsbespruche an Verzichten zugemutet ist. Mügte angesichts dieser Sachlage, nachdem die Parteien monatelang ihren Friedenswillen bekundet haben, notwendig jetzt noch ein allgemeiner Kampf, der voraussichtlich angesichts der Stärkeverhältnisse der Parteien an dem Gesamtresultat nicht viel ändern, aber dem Gewerbe schwere Wunden schlagen kann, entfesselt werden?"

Stimmen aus gegnerischen Gewerkschaftsorganisationen.

Ebenso scharf wie wir äußern sich auch die beiden andern mit der ganzen Tarifbewegung und an dem Kampfe beteiligten Gehilfenorganisationen. So schreibt das Organ des christlichen Malerverbandes in seiner letzten Nummer:

„Die Arbeitgeberführer, meist Leute, die selbst beim Kampfe nichts zu verlieren haben, sind über alle Erwägungen strupplos zur Tagesordnung übergegangen. Sie haben an die in den letzten Wochen systematisch aufgewecktesten Leidenschaften ihrer Mitglieder appelliert, und die Scharmacher haben über die Tarifpolitiker gefiegt. Was kümmert sie der Tarif, was schert sie die Gewerbepolitik, was fragen sie nach den Schiedsbespruchen der selbstgewählten Unparteilichen, dem Urteil der Objektivität; sind sie doch des Beifalles der Scharmacher im Baugewerbe und der Industrie sicher. Die Zeit wird kommen, wo wir den über die Beweggründe der Arbeitgeber gelegten Schleier noch mehr lüften können. Für heute genügt die Feststellung, daß es Arbeitgeberführer waren, die das Gewerbe in den Kampf hineingetrieben haben. Die Verantwortung für das, was er mit sich bringen wird, fällt voll und ganz diesen Leuten zur Last."

Nachdem man uns den Kampf aufzwingt, werden wir ihn auch zu führen wissen, das mögen sich die Herren vom Arbeitgeberverband, die so prahlerisch auf die Macht ihrer Organisation pochen, gesagt sein lassen.

Wir sind gewiß, daß unsere Mitglieder mit uns alles daransetzen werden, um die Pläne der Arbeitgeber zunichte zu machen, wie auch sicher ist beim Abwehrkampf die Einigkeit der drei Gehilfenorganisationen."

Und der Vorstand der Firsch-Dunderichen Organisation macht bekannt:

„Obgleich die Schiedsbespruche den gerechten Forderungen der Gehilfen nur in bescheidenster Weise Rechnung tragen, haben die Organisationsleitungen ihre Mitglieder davon überzeugt, daß unter Berücksichtigung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage im allgemeinen nicht mehr zu erreichen war, und deshalb hat die Mehrzahl der Gehilfen sich für die Annahme der Schiedsbespruche erklärt."

Wenn die Arbeitgeber auf alle diese Umstände nicht die geringste Rücksicht nehmen und auch den minimalistischen Aufbesserungen ein hartes „Nein" entgegensetzen, so zeigen sie damit nur, daß sie den Kampf gewollt haben. Alle ihre zur Schon getragene Friedensliebe war eitel Komödie. Der den Kampf wollte, soll auch die Verantwortung tragen."

Die Unparteilichen zur Beurteilung des Vorgehens des Arbeitgeberverbandes, besonders zur Arbeitsnachweisfrage.

In der Zeitschrift „Das Einigungsamt" veröffentlichten die Herren Dr. Brenner, Rath und v. Schulz einen Artikel, in dem sie dem Arbeitgeberverband das von ihm zur Begründung der Aussperrung besonders hervorgehobene Argument der Verschlechterung der Bestimmungen über den paritätischen Arbeitsnachweis aus der Hand schlagen, wozu wir allerdings bemerken wollen, daß wir mit der Beurteilung der Rolle, die die Ortsstarikämter nach Meinung der Herren Unparteilichen auf Grund ihrer Schiedsbespruche bei der Frage

der „tunlichsten Errichtung" paritätischer Arbeitsnachweise spielen sollen, nicht voll einverstanden sind. Wir werden unsern abweichenden Standpunkt dazu jedoch an anderer Stelle näher begründen. Der Artikel der drei Herren lautet:

„Die zur Befestigung der Lohnbewegung im deutschen Malergewerbe gefassten Schiedsbespruche der Unparteilichen wurden von den sämtlichen Arbeiterorganisationen mit Mehrheit angenommen, dagegen von dem Arbeitgeberverband mit einer Stimmenmehrheit von 40 1/2 Proz. gegen 14 1/2 Proz. abgelehnt."

Die Ablehnung erfolgte nach den Berichten der Fachzeitungen und den offiziellen Erklärungen der Arbeitgebervertreter weniger wegen der zugebilligten Lohnhöbungen und Arbeitszeitverkürzungen, als aus andern Gründen allgemeiner Natur. Als hauptsächlichster Grund werden die Bestimmungen über den Arbeitsnachweis angegeben. Was hier im einzelnen behauptet wird, bedarf im Interesse der Sache dringens der Klärung.

Hinsichtlich des Arbeitsnachweises kommen das Vertragsschema und ein Schiedsbespruch in Betracht, die beide hier kurz gewürdigt seien.

I. Zum Vertragsschema. Das neue Vertragsschema lautet: Zur Durchführung der im Tarifvertrag vereinbarten Bedingungen sollen in allen Orten, wo die Verhältnisse es gestatten, tunlichst Arbeitsnachweise auf paritätischer Grundlage errichtet werden oder an kommunale Arbeitsnachweise angegliedert werden.

Man vergleiche hierzu die diesbezügliche Fassung im bisher geltenden Vertrage: „Zum Zwecke der Durchführung der im Tarifvertrag vereinbarten Bedingungen ist es Aufgabe der Organisationsleitungen, in allen Orten, wo die örtlichen Verhältnisse es gestatten, die Errichtung von auf paritätischer Grundlage beruhenden Arbeitsnachweisen anzufordern und ihre Arbeitsnachweise an paritätische Arbeitsnachweise anzugliedern. Die Benutzung soll für die Vertragsparteien obligatorisch sein." Diese Bestimmung hatte die widerprüchliche Billigung des Arbeitgeberverbandes gefunden. Aus der Vergleichung der beiden Vorschriften ergibt sich dreierlei:

1. Das Prinzip der Frage, des obligatorischen Arbeitsnachweises ist bereits 1910 von Arbeitgeberseite anerkannt worden. Das neue Vertragsschema stellt sich nach keine neuen Grundsätze auf.

2. Im neuen Vertragsschema ist keine weitergehende tarifliche zwangsweise Bindung ausgesprochen, wie im alten. Soweit eine präzisere Fassung vorgenommen wurde, so ist durch Einschaltung des Wortes „tunlichst" eine weitere Abschwächung eingetreten, um keinerlei Errichtungszwang einzuführen.

3. Das im alten Vertrag vorgesehene, von Arbeitgeberseite bekämpfte Obligatorium der Benutzung ist im neuen Vertrage gestrichen.

Dazu kommt, daß das neue Vertragsschema die volle Billigung der Arbeitgebervertreter gefunden hat und von dieser Seite gar kein Schiedsbespruch verlangt wurde. Die Arbeitervertretung hingegen hatte hinsichtlich ihrer weitergehenden Forderungen schiedsrichterliche Entscheidung beantragt, die jedoch gegen die Arbeiter ausgefallen ist.

II. Zum Schiedsbespruch, betreffend Arbeitsnachweis. Dieser lautet: Mit der neuen Fassung des Vertragsschemas über Arbeitsnachweise bezwecken die Unparteilichen eine weitere Förderung der paritätischen Arbeitsnachweise. Infolgedessen müssen mindestens die bisherigen paritätischen Arbeitsnachweise, jedoch nur nach Maßgabe des neuen Vertragsschemas, beibehalten werden. Die Ortsstarikämter haben binnen sechs Wochen nach Abschluß des Vertrags zu prüfen, ob und in welcher Weise die Errichtung von paritätischen Arbeitsnachweisen ins Auge zu fassen ist. Daß überhaupt die Arbeitsnachweise späterhin die Unparteilichen nochmals beschäftigten, ist darauf zurückzuführen, daß von Arbeitgeberseite die Frage aufgeworfen wurde, ob die bisher errichteten Arbeitsnachweise in Zukunft weiterbestehen sollen. Vom Arbeitgeberverband wurde die protokolllarische Erklärung abgegeben, daß die bisherigen Arbeitsnachweise nach Maßgabe des neuen Vertragsschemas mindestens beizubehalten seien. Dieser Teil des Schiedsbespruchs ist somit nichts anderes als die Formulierung und Begründung einer von Arbeitgeberseite selbst zum Ausdruck gebrachten Anschauung.

Der zweite Teil des Schiedsbespruches bezweckt doch schon nach seinem ganzen Wortlaut nichts anderes, als daß die Frage des Arbeitsnachweises in den Ortsstarikämtern einmal zur Sprache gebracht werden soll. In den Ortsstarikämtern sollen in die Parteivertreter die Frage zur Prüfung, ob und in welcher Weise die Errichtung ins Auge zu fassen ist. (Nicht, ob neue Arbeitsnachweise zu errichten sind.) Also nur ein Prüfungs-, keinerlei Entscheidungsrecht der Ortsstarikämter. Wo letzteres innerhalb des Vertragsschemas gewollt wurde, ist dies wiederholt ausdrücklich und klar im Wortlaut zum Ausdruck gebracht.

Tatsache ist sonach, daß nach wie vor auf keinem Wege, also auch nicht durch einen Beschluß der Ortsstarikämter, ein Vertragsteil tariflich gezwungen werden kann, gegen seinen Willen einen paritätischen Arbeitsnachweis einzurichten. Alles beruht nur auf gegenseitiger Vereinbarung. Die Ortsstarikämter sollen nur prüfen, ob eine derartige Vereinbarung zu erzielen ist, sonst nichts.

Wie jemand, der den Wortlaut und die Entstehungsgeschichte der Bestimmungen über Arbeitsnachweise kennt und an den Verhandlungen teilgenommen hat, eine andre Auffassung haben oder verbreiten kann, ist nicht recht ersichtlich. Wenn trotzdem diese Erklärung an dieser Stelle erfolgt, so geschieht es, um für alle Beteiligten vollkommene Klarheit über diese Ablehnungsgründe des Schiedsbespruchs zu schaffen, aber auch, um von keiner Seite nachträglich den Wortwurf zu hören: Daß hätte man uns rechtzeitig sagen sollen.

Auch die Allgemeinheit hat ein berechtigtes Interesse, in diesem Hauptstreitpunkte eine maßgebende Aufklärung zu erfahren und damit die Dinge klar zu sehen."

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Großbanken nach ihren Jahresabschlüssen. Das Ergebnis der Reichsbank 1912. — Die wichtigsten preussisch-deutschen Anleihen.

Alle Großbanken und ebenso die Reichsbank haben nunmehr ihre Jahresabschlüsse veröffentlicht. Obwohl neue Erfahrungen dadurch kaum noch enthalten werden konnten, so ist doch der Überblick über die verworrenere als jemals sich kreuzenden und gegeneinander laufenden Strömungen des Vorjahres von besonderem Interesse.

Ausschließlich die Produktionskonjunktur zur Grundlage genommen, hätten die großen Kreditinstitute ein unergleichliches Bilanzjahr erleben müssen. Starke Finanzspruchnahme, hohe Provisionen und hohe Zinsen sind in der Tat kennzeichnend für die letztjährige Bilanz; und wäre es rein nach diesem „regulären Bankgeschäft“ gegangen, so würden Reingewinne und Dividenden alles frühere überholt haben. Die Einnahmen aus Zinsen und Wechseln waren schon im Vorjahre 1911 um 8 Mill. Mark gegen 1910 gestiegen; sie stiegen diesmal auf 123,2 Millionen Mark, das heißt wiederum um nicht weniger als 9,96 Millionen Mark. Die Provisionsgewinne hatten sich 1911 (gegen 1910) bereits um 4,93 Mill. Mk. erhöht; und erhöhten sich 1912 nochmals auf 76,04, das heißt, um 5,11 Mill. Mk.

Diesen Vorteilen stehen jedoch recht bittere Enttäuschungen gegenüber. Der Kurssturz an den Börsen, die Schwierigkeit, neue Wertpapiere auszugeben und unterzubringen, mußte die meisten Banken schwer treffen; und so steht denn dem Mehrgewinn aus Zinsen und Wechseln fast ein gleicher Minderertrag aus Effektenbeständen und Emissionsbeteiligungen gegenüber (beide zusammen 40,85 Mill. Mk. Gewinn, also gegen das Vorjahr 9,74 Mill. Mk. weniger). Daß man, besonders gegen den Jahresabschluss, nur mit großem Kostenaufwand halbwegs genügen fremde Mittel heranzuziehen vermochte, ist bekannt. Dennoch sind die fremden Gelder bei weitem nicht in den vorjährigen Beträgen festzuhalten gewesen; bei einzelnen Instituten hat die Entziehung, wie sie fast systematisch seitens des Auslandes und unter dem Druck der politischen Beunruhigung mehr und mehr auch seitens des Inlandes stattfand, bis zu 14 Proz. betragen. Das Ende vom Liede ist, daß wohl der Bruttogewinn sich auf 24, also um 2,86 Mill. Mk. gehoben hat, daß jedoch der Reingewinn (ohne Vortrag) sich auf 138,1 Mill. Mk. stellte, also 3,95 Mill. Mk. niedriger wie 1911 (höher nur: bei der Deutschen Bank und Dresdner Bank um je 0,45 Mill. Mk., bei der Diskontogesellschaft um 1,62 Mill. Mk., bei der Kommerz- und Diskontobank um 0,11 Mill. Mk. — niedriger dagegen bei der Darmstädter Bank um 0,02 Mill. Mk., beim Schaaffhausener Bankverein um 4,59 Mill. Mk., bei der Berliner Handelsgesellschaft um 0,04 Mill. Mk., bei der Nationalbank um 0,48 Mill. Mk., bei der Mitteldeutschen Kreditbank um 0,15 Mill. Mk.). Manche der eingestellten Ziffer hat allerdings eine immerhin nur problematische Bedeutung. So haben sich die Banken beim Effekten- und Konfortialkonto stets eine große Selbstgenügsamkeit für ihre Schätzungen vorbehalten, vor allem, um durch recht mäßige Bewertung stille Reserven für später zu schaffen. Diesmal wird man jedoch eher voraussetzen können, daß alles mehr auf die günstige Wirkung nach außen zugeschnitten, also eher relativ höher als sonst angelegt ist. So ist es denn, mit Ausnahme von Schaaffhausen, allen Banken gelungen, wiederum die vorjährige Dividende verteilen zu können. Es ergibt sich deshalb für die Kapitalkraft und die Reingewinne das folgende Bild:

Table with 4 columns: Bank Name, Aktienkapital in Mill. Mark, Reingewinn in Mill. Mark, Dividenden in Proz. Rows include Deutsche Bank, Diskontogesellschaft, Dresdener Bank, Darmstädter Bank, Schaaffhausener Bankverein, Berliner Handelsgesellschaft, Nationalbank, Kommerz- und Diskontobank, Mitteldeutsche Kreditbank.

Wenn der Schaaffhausener Bankverein als das einzige große Institut dahebt, das seine vorjährige Dividenden nicht ausrechterhalten kann (1911 7 1/2 Proz., 1912 5 Proz.), so hat dazu in erster Linie die Verdrängung in Terraingeschäfte, besonders Berlins, beigetragen. An den Aktien der Berliner Terrain- und Baugesellschaft verlor man im Vorjahr 22 Proz., die Kursdifferenz mit dem höchsten Preise der Aktie im Jahre 1911 beträgt sogar 31 Proz. Weiter hatte Schaaffhausen eine Forderung von 3 Mill. Mk. gegen die bankrotte Baufirma Kurt Berndt. Es scheint, daß die vorübergehende Verbindung mit der Dresdner Bank wohl dem größeren Bundesgenossen das Vorbringen in das weifliche Industriegebiet erleichtert hat, während das alte rheinische Institut hauptsächlich die dortige Seite des Berliner Geschäftstreibens kennen lernte.

Weiter zeigen die Jahresübersichten von neuem, daß die Großbanken von ihrer Liquidität (in dem Verhältnis ihrer rasch und jederzeit flüssig zu machen Mittel zu ihren Verbindlichkeiten) sich nochmals verschlechtert haben, obwohl die Mahnungen des Reichsbankpräsidenten zu größerer Vorsicht und Zurückhaltung das Jahr 1912 eröffneten und alsdann im Herbst auf dem Münchener Bankertag ihre Fortsetzung fanden. Berechnet man mit der „Frankfurter Zeitung“ die Liquidität in der Weise, daß man Bar, Bankguthaben, Wechsel und bei der Reichsbank beleihbare Effekten als flüssige Mittel ersten Ranges ansieht, dann sind die Verbindlichkeiten nunmehr erst mit 40 gegen vorjährige 40,5 Proz. gedeckt. Aber diese Verschlechterung würde stärker erscheinen, wenn nicht ein paar Institute während der letzten Monate ihre flüssigen Anlagen erhöhen könnten, während ungeheurer andre Banken sich um drei und mehr Prozent nach dieser Richtung verschlechterten. Zählt man auch die sonstigen börsengängigen Papiere, die Reports (die in besserer Form beleihbaren Börsenwerte) und die gedeckten Warenvorschüsse zu den flüssigen Mitteln, so ergibt sich gegen 1911 ein weiteres Gerabgeiten der Deckung von 64,3 auf 62,6 Proz., bei vereinzelt Bankten sogar um 5 und 6 Proz. Ferner steht der Jahresabschluss

nach unter dem Jahresdurchschnitt, so daß für das bevorstehende neue Jahr erst recht Mahnung zur Vorsicht am Platze wäre.

Die Entwicklung der Reichsbank ist hier so oft geschildert worden, daß wir uns heute mit der Wiedergabe des rechnerischen Jahresabschlusses begnügen können. Zur Verfügung bleibt 1912 ein Reingewinn von 37,41 Millionen Mark (1911 27,53 Mill. Mk.), davon fließen 3,11 Mill. Mk. (2,12 Mill. Mk.) in die Reserve ab, während sich, abgesehen von einem geringen Vortrag, der Rest zu 21,77 (14,86) und 12,52 (10,55) Mill. Mk. zwischen dem Reich und den Aktionären verteilt. Auf die 180 Millionen Mark Aktienkapital entfällt also eine Dividende von 6,95 Proz., gegen 5,86 Proz. in 1911, 6,48 Proz. in 1910, 5,83 Proz. in 1909, 7,77 Proz. in 1908, 9,89 Proz. in 1907. Die Teilung des Reingewinnes erfolgt bekanntlich in der Weise, daß zunächst den Anteilseignern ein Minimalgewinn (eine „ordentliche Dividende“) von 3 1/2 Proz. berechnet wird, während der verbleibende Ueberschuß, abgesehen von der Zuschreibung zum Reservefonds, zu 1/4 den Aktionären, zu 3/4 der Reichskasse zufließt.

Die vollständige Erschütterung des Anlagemarktes offenbarte sich auch bei den neuen Anleihenankäufen des Reiches und Preußens. Am 7. März lagen zur öffentlichen Zeichnung auf: 50 Millionen vierprozentige Reichs- und 100 Millionen vierprozentige Staatsanleihe, zum Zeichnungspreise von 98,60 oder gar nur 98,40 Mill., falls man, unter Sperrung bis zum 15. Januar 1914, sich zur Eintragung in das Reichs- oder Staatsschuldbuch bereit erklärte. Diese Anleihen brachte man gerade mit knapper Not unter. Daneben legte man gerade mit knapper Not unter, daneben legte man gerade mit knapper Not unter, daneben legte man gerade mit knapper Not unter. Die Einlösung, wie auch jetzt bei den alten Scheinen, mit dem vollen Hundert erfolgt. Nur etwa die Hälfte wurde gezeichnet, so daß noch rund 200 Mill. Mk. ungebedekt bleiben. In der ganzen Geschichte des heimischen Anleihewesens steht es beispiellos da, daß der aufgelegte Betrag nicht voll gezeichnet wurde.

Max Schippel.

Aus unserem Beruf.

Königsberg. Nach langen Verhandlungen wurde die Ausprägung in der Königsberger Union gleicher durch einen Vergleich beendet, der den Hilfsarbeitern Lohnerhöhungen und sonstige Verbesserungen des Arbeitsverhältnisses bringt. Auch der geforderte Arbeiterausfluß ist bewilligt. Ferner darf niemand weder bei der Einstellung noch später zum Eintritt in den Werkverein der Uniongelehrten angehalten werden. Auch dürfen keinem Arbeiter durch Nichttritt in diesen Verein Nachteile erwachsen. Bekanntlich sollte in diesem Kampfe die Arbeiterschaft niedergelassen werden. Das gelbe Foch sollte ihr aufgeschafft werden. Die Direktion wollte nichts bewilligen. Sie hat Zugeständnisse machen müssen. Die Arbeiter, darunter auch die Radierer, die diesen Kampf mit fester Dravour und Einmütigkeit geführt haben, können stolz darauf sein, daß sie nach einem solchen Kampfe, der 21 Wochen gedauert hat, einen derartigen Erfolg erzielt haben. Geschlossen sind sie in den Kampf getreten, ungeduldet und einmütig gehen sie wieder in den Betrieb.

Jahresbericht der Sektion Radierer Berlin.

Zwei gut besuchte Sektionsversammlungen beschäftigten sich mit dem vom Kollegen Drenkel erhaltenen Bericht des verflorenen Jahres und der Neugestaltung der Sektion im neuen Jahre.

Wenn wir uns zunächst die Erfolge einer intensiven, praktisch geleiteten Agitationsarbeit ansehen, so können wir wohl mit dem Erzielten zufrieden sein. Im Vordergrund stehen zunächst die beiden Lohnbewegungen, die im Frühjahr bei Einsetzen der Hochkonjunktur geführt worden sind. Es kamen dabei die in den Berliner Karosseriefabriken und bei Kleinmetallern beschäftigten Kollegen in Frage. Die erste genannte Bewegung dauerte vier Wochen, während die Kollegen in den Kleinmetallbetrieben sechs Wochen um Anerkennung ihrer Forderungen kämpfen mußten. Beide Lohnbewegungen sind mit Erfolg beendet worden, und zum ersten Mal haben die Berliner Berufsgenossen der Wagenradierer eine tarifliche Grundlage geschaffen. Bewilligt wurde von den Karosseriefabriken ein Minimallohn für Radierer von 67 Pf. bei neunstündiger Arbeitszeit. Sonnabends ist zwei Stunden früher Feierabend. In Beziehung auf hygienische Einrichtungen, die bisher noch sehr im argen lagen, sind ebenfalls an der Hand der Bundesratsvorschriften weitgehende Zugeständnisse gemacht worden. Ueberstunden werden mit 25 Proz., Sonntags- und Nachtarbeit mit 50 Proz. Zuschlag vergütet. Kolonnenafford wird nicht gearbeitet. Die Kollegen bei den Kleinmetallern haben einen Minimallohn von 65 Pf. erzielt bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 53 Stunden. Auch ihnen wurden dieselben Zugeständnisse gemacht betr. der hygienischen Einrichtungen, Ueberstunden und Nachtarbeit.

Wenn auch durch diese geführten Kämpfe das ursprünglich Geforderte nicht erzielt worden ist, so können dennoch die Berliner Berufsgenossen der Wagenradierer mit dem Erreichten zufrieden sein, haben sie doch durch diese Tarifabschlüsse einen festen Grundstein zu weiterem Aufbau gelegt. Besonders die Kollegen der Innungsmeister müßten die Bewegung unter den denkbar ungünstigsten Verhältnissen durchhalten, da die größte Zahl der Streitenden erst wenige Wochen dem Verbande angehörte. Gleichzeitig wurde noch mit circa 20 Meistern, die nicht der Innung angehören, Vereinbarungen abgeschlossen, die den Stundenlohn von 70 Pf. vorsehen bei 53stündiger Arbeitszeit.

Verloren gegangen ist der Streit in den Karosseriefabriken von Erdmann & Rossi und Lange & Gutzeit. Nicht an der Lohnbewegung beteiligt haben sich die Kollegen der Firmen R. Reuschner & Reuß. Hier lagen die Organisationsverhältnisse — besonders der anderen

Brännen — verari schlecht, daß es unsrer Organisation doch zu gewagt erschien, die Radierer allein in einen Kampf zu führen. Von Bedeutung waren ferner noch die Arbeiterbewegungen bei den Firmen Wende Nachf. und der Landwirtschaftlichen Maschinenfabrik von F. F. Edert, wo schon seit Jahren unsere Kollegen unter den denkbar schlechtesten Verhältnissen zu arbeiten gezwungen waren. Diese beiden Bewegungen konnten leider nicht zur Zufriedenheit unserer Kollegen durchgeführt werden. In der Automobilgesellschaft A. W. G. und in der Motorenfabrik „Magnet“ in Weiskensee haben unsere Kollegen ebenfalls Lohnbewegungen geführt, die beide mit Erfolg beendet worden sind. In erstgenanntem Betriebe hat keine Arbeiterüberlegung stattgefunden. In der Eisenmöbelfabrik Rehe wurde der bestehende Affordtarif zugunsten unserer Kollegen verbessert.

Von Wichtigkeit für den inneren Ausbau der Sektion war in erster Linie die Anstellung eines Kollegen im Bureau. Nachdem sich die Sektion zu einer Stärke von circa 800 Kollegen entwickelt hatte, konnten die Verwaltungsgeschäfte schlechterdings nicht mehr nebenamtlich verwaltet werden, so daß sich die Anstellung notwendig machte. Die Kollegen nahmen hierzu Stellung und wählten den acht Bewerber den Kollegen Alfred Drenkel, der gleichzeitig Sektionsleiter ist. Durch diese Maßnahme werden die Kassengeschäfte und alle übrigen wichtigen Angelegenheiten dem Bureau aus erledigt, der ganze Apparat wurde vereinfacht.

Der geschäftliche Teil der Sektion war auch im vergangenen Jahre sehr reger. Es fanden elf Sektionsversammlungen, davon fünf mit Vorträgen; eine beschäftigte sich mit der Einführung der erweiterten Krankenunterstützung, und eine mit der Arbeitsnachweisfrage. Vorstandssitzungen waren 16 notwendig, davon sechs mit der Agitationskommission. Vertrauensmännerversammlungen wurden elf abgehalten. Für die Möbelladierer wurden fünf Versammlungen einberufen. Bezirksversammlungen wurden von der Agitationskommission 45 abgehalten. Zur Regelung der Werkstatt- und Betriebsangelegenheiten waren 250 Werkstattitzungen erforderlich. Angesichts dieses reichhaltigen geschäftlichen Verkehrs müssen die Kollegen zu dem Resultat kommen, daß der Sektionsvorstand sowie die Agitationskommission ein reiches Arbeitsfeld zu bearbeiten hatten. Der Mitgliederbestand der Sektion beträgt zurzeit 855. Die Fluktuation ist leider immer noch eine beträchtliche. Um so mehr müssen die Bezirksleiter mit den Agitationskommissionen ihr Augenmerk darauf richten, diesem Uebelstand so viel als möglich abzuwehren.

Kollegen! Unsere nächste Aufgabe muß sein, weitere Schaffung von Tarifverträgen nicht nur in Karosseriefabriken, Wagen- oder Möbelladereien anzustreben, sondern es muß uns gelingen, auch für die Kollegen in den Blechladereien und andern Radier- und Smaltheranstalten mindestens dasselbe zu erringen. Eine eiserne Notwendigkeit ist es ferner, für die in Großbetrieben beschäftigten Kollegen, die unter einem raffiniert ausgeübten Affordsystem, das selbstverständlich nicht zur Kollegialität und Solidarität, sondern zur Uneinigkeit beiträgt, bessere Verhältnisse zu erzielen. Hand in Hand mit diesen Uebelständen geht ein mangelhafter Arbeiter- und Gesundheitschutz. Vor allen Dingen muß mit allem Nachdruck auf Bekämpfung aller gesundheitsschädlichen Erstickungs- und andern Erstickungs- und andern Erstickungs- hingearbeitet werden. Ein besonders trübes Kapitel in dem großen Buche der hygienischen Vernachlässigung ist ferner das Spritzverfahren. Die an Spritzapparaten beschäftigten Kollegen und Kolleginnen — letztere werden besonders gern zu diesen Arbeiten herangezogen — haben unter vielen gesundheitsschädlichen Einflüssen zu leiden. In den meisten Fällen sind die Ventilations- und Abzugsvorrichtungen sehr ungenügend, so daß mit der Gesundheit dieser Arbeiter direkt Raubbau getrieben wird.

Kollegen! Zur Beseitigung dieser Mißstände sowie zur Förderung von Tarifverträgen sehen wir uns veranlaßt, mit allem Nachdruck an das Pflichtgefühl unserer Kollegen zu appellieren. Unsere heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse gebieten uns, mit aller Macht, die aufstrebende Agitationsarbeit gegenüber den noch abwärts stehenden Kollegen zum Ausdruck zu bringen. Nur durch einen festen Zusammenhalt und durch die Mitarbeit eines jeden einzelnen sind wir in der Lage, für die Radierer Groß-Berlins bessere und menschenwürdigeren Zustände zu schaffen. F. Frenken.

Jahresbericht der Sektion der Radierer der Filiale Hannover.

Das Jahr 1912 stand für die Sektion im Zeichen des Kampfes. Die Bewegung in der Metallindustrie, wobei auch der größte Teil unserer Kollegen mitbeteiligt war, erforderte für den Sektionsvorstand eine erhöhte Tätigkeit. Die Zahl der Tage resp. Abende, an denen Sitzungen oder Versammlungen stattfanden, betrug 132.

Es ist wohl angebracht, kurz auf den Verlauf der vorjährigen Bewegung in der Metallindustrie zurück zu kommen. In der Arbeitererschaft der hannoverschen Metallindustrie bestand seit Jahren das Bestreben, die Arbeitszeit zu verkürzen, weil im Gegensatz zu andern Orten Deutschlands in Hannover größtenteils eine 59stündige Wochen-Arbeitszeit bestand. Der Industriellenverband lehnte jedoch eine Verhandlung ab. Es nahmen nunmehr sämtliche in der Metallindustrie beteiligten Gewerkschaften zu der Frage Stellung und beschloßen folgende Forderungen aufzustellen: 1. Die Arbeitszeit von 59 auf 54 Stunden (täglich neun Stunden) zu verkürzen; 2. Für alle in Lohn beschäftigten Arbeiter wird als Ausgleich verlangt eine Lohnerhöhung von 5 Pf. pro Stunde. Wo die 5 Pf. als Ausgleich nicht ausreichen, ist der Stundenlohn um so viel zu erhöhen, daß der frühere Wochenverdienst in 54 Stunden erreicht wird.

Um die Durchführung der Forderungen zu erleichtern, wurde beschloßen, den sonstigen Wünschen Abstand zu nehmen. Auch wurde von der Forderung, die Affordpreise zu erhöhen, Abstand genommen und sollte versucht werden, mit den Unternehmern einzeln zu verhandeln. Es gelang auch bei einigen Werken eine Einigung zu erzielen. Dieses geschah bei „Weißinghause Wagensfabrik“, wobei eine wöchentliche 54stündige Arbeitszeit festgelegt wurde. Bei der Maschinenfabrik R. Müller wurde eine 58stündige Wochenarbeitszeit und 3 Pf. Lohnerhöhung als Ausgleich vereinbart. Die andern Werke erklärten, ohne Zustimmung des Vereins

der Metallindustriellen nicht bewilligen zu können. Es treten daraufhin die Arbeiter der Zentralheizungswerke, A. G., am 15. April in den Streik. Am folgenden Tage machen die Unternehmer den streikenden Arbeitern sowie den Verhandlungskommissionen zweier Fabriken das Angebot: die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 57 Stunden und als Ausgleich wird eine 3/2-prozentige Lohnerhöhung gewährt. Dieses wurde jedoch abgelehnt und traten eine Reihe weiterer Betriebe in den Streik ein. Am 18. April traten die Arbeiter der Geldschmiedfabrik von Bode, am 20. April die Arbeiter der „Hübener Eisen- und Stahlwerke“, am 22. April die Arbeiter der Firma W. Dietrich, Eisenkonstruktion und Maschinenbau, in den Streik ein. Die Firma Gebr. Rörting suchte den Forderungen der Arbeiter mit Hilfe des gelben Werkvereins aus dem Wege zu gehen. Nachdem eine in der Betriebsversammlung gewählte Kommission nach wiederholten Verhandlungen mit der Direktion kein Entgegenkommen fand, beschloß eine von etwa 1000 Personen besuchte Versammlung mit 838 gegen 109 Stimmen am 7. Mai die Arbeitseinstellung. Der Verein der Metallindustriellen beschloß nun, wenn seitens der betroffenen Betriebe bis zum 27. Mai keine Einigung erzielt ist, 60 Prozent der in der hannoverschen Metallindustrie beschäftigten Arbeiter auszusperrn. Ebenfalls wurde beschlossen, am 17. Juni in den Bezirken Halle und Magdeburg eine Aussperrung von 60 Prozent vorzunehmen.

In der hannoverschen Maschinenfabrik war die Arbeiterchaft erregt darüber, daß die Betriebsleitung 60 ausgesperrte Arbeiter kurzerhand entlassen hatte, nachdem diese es ablehnten, Mitglieder des gelben Werkvereins zu werden. Den Vertretern der Arbeiterchaft gelang es nicht, die Direktion zur Zurücknahme dieser Maßnahme zu bewegen. Darauf beschloß die Arbeiterchaft, die Überbrunden zu verweigern.

Am Sonnabend den 11. Mai wurde der Aussperrungsbeschluss durch Anschlag bekanntgegeben. Betriebe mit tätiger Kündigung kündigten daraufhin 60 Prozent ihrer Arbeiterchaft; die übrigen 40 Prozent der Arbeiterchaft traten in den folgenden Tagen ihre Kündigung ein.

Eine Versammlung der Gewerkschaftsvorstände und der Vertrauensleute beschloß sofort, von den ursprünglichen Forderungen abzugeben und stellte die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit auf 56 Stunden und zwar täglich um eine halbe Stunde und eine Erhöhung des Stundenlohnes um 3 Pfg. für Lohnarbeiter.

Die Aussperrung nahm inzwischen ihren Lauf und am 20. Mai waren zirka 4800 Arbeiter ausgesperrt, etwa 90 in Kündigung und 1900 im Streik, so daß Ende der Woche etwa 7500 Arbeiter außer Arbeit waren. Von unsern Kollegen waren an der Bewegung insgesamt 87 Mann beteiligt. Die im gelben Werkverein befindlichen vier Kollegen blieben in den Betrieben.

Nachdem in einer Verhandlung beiderseitiger Kommissionen keine Einigung erzielt wurde, trat auch die Aussperrung in den Bezirken Halle und Magdeburg in Kraft.

Das Angebot der Unternehmer war folgendes: Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 57 Stunden und bleibt die Verteilung, ob die Arbeitszeitverkürzung täglich oder Sonnabends stattfinden soll, den Betriebsleitungen überlassen. In der Lohnfrage wurde folgendes Angebot gemacht: Außer dem Lohnausgleich findet eine Lohnerhöhung bei 35 Pfg. Stundenlohn um 2 Pfg. und bei einem Stundenlohn von 30-40 Pfg. um 1 Pfg. statt. Dieses Angebot wurde in vier Versammlungen mit 111 gegen 152 Stimmen abgelehnt.

Eine besondere Stellung nahm der Christliche Metallarbeiterverband ein: während er im Anfang der Bewegung sowohl wie auch der Hirsch-Dundersche Gewerkschaft eintrat, ebenfalls für die Forderungen der Arbeiterchaft eintraten zu wollen, schwenkte die Christliche im Laufe des Kampfes ab und nahm die Arbeit am 5. und 6. Juli wieder auf. Bei einer nachmaligen Verhandlung machten die Industriellen u. a. folgendes Angebot: 1. Die regelmäßige, wöchentliche, wöchentliche Arbeitszeit beträgt 57 Stunden. 2. Sämtliche Stundenlohnarbeiter erhalten eine Stundenlohnzulage von 3 Pfg.; in diesen 3 Pfg. sind enthalten: der prozentuale Ausgleich für die Verkürzung der Arbeitszeit und eine allgemeine Lohnerhöhung.

Die Arbeiterchaft nahm in vier Versammlungen Stellung zu dem Angebot und lehnte dieses mit 4861 gegen 768 Stimmen ab. Da die Unternehmer bei den Verhandlungen erklärt hatten, nicht prinzipiell gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit zu einem späteren Zeitpunkt zu sein, so wurde seitens der Verhandlungskommission nochmals versucht, Zugeständnisse in dieser Richtung zu erreichen. Die Verhandlungskommission der Industriellen erklärte dann neben sonstigen Zugeständnissen, daß eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde pro Woche am 1. Juli 1913 in Kraft treten soll. Diese neuen Angebote gelangten nach sehr lebhaften Debatten mit 2793 gegen 2633 Stimmen zur Annahme. Das Einigungsprotokoll lautet u. a.:

Die regelmäßige, wöchentliche, wöchentliche Arbeitszeit beträgt 57 Stunden. Am 1. Juli 1913 wird die wöchentliche Arbeitszeit auf 56 1/2 Stunden verkürzt ohne weiteren Ausgleich. Sämtliche Stundenlohnarbeiter erhalten eine Stundenlohnzulage von 3 Pfg.; in diesen 3 Pfg. sind enthalten: der prozentuale Ausgleich für die Verkürzung der Arbeitszeit und eine allgemeine Lohnerhöhung. Neben die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit wird eine Erhöhung des Stundenlohnes herbeigeführt werden. So es sich in einer Verhandlung sowohl, wie während der von den Arbeitgebern gewünschte Verkürzung herauskommt.

Drei Monate nach Niederkunft der Arbeit soll nach und nach eine Abmilderung der arbeitslosen Lage eintreten, in der auch die von der Verkürzung betroffenen Betriebsbetriebe zu zählen sind, der Zweck der Majorität nachfolgend sein. Die Abmilderung erfolgt durch Verkürzung.

Es wird volle Solidarität zwischen gegenseitig gegenseitig jede Agitation im Werk ist untersagt. Die Verkürzung der Arbeitszeit und die Wiederannahme der Arbeit in den hannoverschen Betrieben wird davon abhängig gemacht, daß der Streik bei sämtlichen betref-

ten hannoverschen Firmen vorbehaltslos als beendet erklärt wird und die Sperren gegenseitig aufgehoben werden. Die Einstellung der Arbeiter erfolgt nach Maßgabe der Betriebs- und Bedarfsverhältnisse der Werke. Bei der Einstellung sollen die Arbeiter, soweit wie möglich, ihre alten Arbeitsplätze wieder erhalten. Die Einstellung hat berart zu erfolgen, daß zunächst alle vor dem Streik und der Aussperrung beschäftigten Arbeiter der Betriebe eingestellt werden, soweit sie sich bis zum Mittag des 15. Juli gemeldet haben. Dann erst kommen bei weiterem Bedarf fremde Arbeiter in Frage.

Nachdem nun dieses Angebot endgültig angenommen war, erfolgte die Einstellung der Arbeiter nach ausgehängten Listen. Im allgemeinen wurden die Bedingungen des Einigungsprotokolls eingehalten. Nur die hannoversche Maschinenfabrik, A. G., machte wiederholt Schwierigkeiten in bezug auf Einstellung der Arbeiter. Nach und nach wurde aber auch dort die Anzahl der bestellten Arbeiter wieder eingestellt. Immerhin wurde eine Anzahl Arbeiter nicht wieder eingestellt.

Auch von unsern Kollegen blieben vier auf der Strecke. Wenn im großen und ganzen die Erfolge, die erwartet wurden, nicht eingetroffen sind, so muß doch zugegeben werden, daß wiederum ein kleiner Fortschritt zu verzeichnen ist. Leider haben die Abmilderungen zu Anfang Oktober in den meisten Betrieben eine Mehrheit für Verkürzung der Arbeitszeit auf Sonnabend nachmittag ergeben. Dadurch haben die freilagernden Arbeiter sich selbst die tägliche Arbeitszeitverkürzung verschert.

Von sonstigen Vorkommnissen innerhalb der Sektion ist noch bemerkenswert: Die Kollegen der Straßenbahn wünschten für den Dienst als Ausbittelschaffner, zu dem jeder Kollege verpflichtet ist, den gleichen Lohn wie im Berufsstand. Diesem Wunsche wurde nach mehrmaligen Verhandlungen zum Teil entsprochen.

Zu Anfang des Jahres wurde in der Maschinenfabrik vier Kollegen gekündigt; dieselben sollten wegen Arbeitsmangel entlassen werden. Da die Kollegen zum Teil Vertrauensleute waren, beschäftigte sich eine Werkstellenversammlung mit dieser Maßregelung. Eine aus drei Kollegen bestehende Kommission unterbreitete dem Abteilungsleiter den in der Versammlung angenommenen Vorschlag: Die Kündigung wird zurückgenommen und die Arbeitszeit wird so geregelt, daß jeder Kollege in jeder Woche einen Tag aussetzt. Diesem Vorschlage wurde nach mehrmaligen Verhandlungen zugestimmt.

Die Kollegen der Waggonfabrik beschäftigten sich in mehreren Versammlungen mit verschiedenen Mängeln: u. a. auch der schlechten Beschaffenheit der Ventilation, Regelung der Arbeitszeit und dem Wechsel der Kolonnenführer. Bei den Verhandlungen wurde den Kollegen versprochen, Schritte zu schaffen. Diesem ist auch zum Teil Rechnung getragen worden.

Hat das verlassene Jahr auch nicht alle Wünsche erfüllt, so brauchen wir deshalb doch nicht trübe in die Zukunft zu sehen. Durch die mit Unterstützung der Fabrikanten ausgeübte Tätigkeit der Werkvereine bedarf es der regen und tätigen Mitarbeit aller frei organisierten Kollegen, um dieses unnatürliche Gebilde in der Arbeiterbewegung zu überwinden.

Aus Unternehmerkreisen.

Kampfvorbereitungen der Unternehmer im Baugewerbe? Gerade zu der Zeit als die Vertreter der Organisationen des Baugewerbes in Berlin wiederum verhandelten, trafen die Unternehmer im Lande wie im Malergewerbe bereits Vorbereitungen für eine am 1. April eintretende Aussperrung im Baugewerbe. Der Pommerische Bauherrenverband, der schon wiederholt von sich reden machte, weil er sich in den Kopf gesetzt hat, die Mitglieder der „sozialdemokratischen“ Arbeiterverbände von der Arbeit überhaupt auszuschließen, rührt gegenwärtig die Trommel zum Streik. Am 5. März versandte er folgendes Schreiben nicht nur an seine Mitglieder, sondern allgemein an die Haus- und Bauherren in seinem Gebiet:

Euer Hochwohlgeboren!

Richtvorhersehbar Umstände haben die ersten Besprechungen in Straßburg über „Die Ziele unseres Verbandes“ nicht zu dem Ergebnis führen lassen, das besonders im Hinblick auf die in anderen Orten gemachten Erfahrungen erwartet werden durfte.

Es ist daher zu Dienstag, den 11. März, 12 1/2 Uhr, in Straßburg, Hotel „Goldener Löwe“, eine Zusammenkunft angesetzt.

Die Vorbereitungen zu den neuen Tarifverträgen (die allen längst bekanntlich am 31. März ab) nehmen nach den Pressemitteilungen einen immer günstigeren Verlauf, so daß mit ziemlicher Bestimmtheit der Ausbruch eines großen Streiks im Baugewerbe vom 1. April ab zu erwarten ist. Bis dahin muß der „Pommerische Bauherrenverband“ gerüstet dastehen.

Ich lade Euer Hochwohlgeboren zu der neuen Sitzung, in der Herr von Schwerin, Burg-Spantekow, den Vortrag zu geben, sich liebenswürdigst bereit erklärt, ein

Mit ausgezeichneter Hochachtung
von Jantzig,
Sch. Reg.-Rat, Landrat a. D.

Die Freude des Pommerischen Bauherrenverbandes über den „günstigeren Verlauf“ der Verhandlungen, die einen großen Streik (lies „Aussperrung“) im Baugewerbe in nahe Aussicht stellen, paßt sehr schlecht zu den wiederholt abgegebenen Bemerkungen der Vertreter des Unternehmerverbandes, daß sie ernstlich gewillt und befreit sind, den Frieden im Baugewerbe anzuschließen. Sie wissen aber gewissermaßen eine Ergänzung zu den Forderungen des Vorsitzenden des Unternehmerverbandes im Malergewerbe. Wie wir schon mitteilten, sagte dieser Herr, wie er es auch 1906 schon getan hat, daß man es auf die Klärung der Gewerkschaften abgesehen habe. Man habe die Hilfe des deutschen Unternehmerverbandes für das Baugewerbe. Letztgenanntes kam am 1. April auch die Bauarbeiterorganisationen mit in die Aussperrung hinein.

Was wichtiger Quelle der Pommerische Bauherrenverband seine Nachrichten über den „günstigeren Verlauf“ der Verhandlungen und über den nahe bevor-

stehenden „großen Streik“ geschöpft hat, wäre interessant zu wissen. Vielleicht aus einem jener Geheimzirkulare, die zeitweilig von einer bestimmten Stelle aus verbreitet werden? Jedenfalls ist festzustellen, daß die Mitteilung des Vorsitzenden der Malermeister bisher von dem Vorstand des Unternehmerverbandes für das Baugewerbe nicht widerrufen worden ist. Das ist für den Ernst der Lage sehr bezeichnend, bezeichnend aber auch für die angebliche Freundschaft des Unternehmerverbandes für das Baugewerbe.

Gewerkschaftliches und Soziales.

Ein Mahnruf an die organisierte Arbeiterschaft!

Zu Ostern werden wieder Tausende junger Mädchen die Schule und gleichzeitig das Elternhaus verlassen, um fern von der Heimat ihr Brot als Dienstmädchen zu suchen. Mehr noch als die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen im allgemeinen, sind die jungen Dienstmädchen den Gefahren des Lebens und der Erwerbsarbeit schutzlos ausgesetzt. Die häuslichen Verhältnisse, in die sie jetzt kommen, sind gänzlich andere, als ihnen bisher bekannt waren. Dazu kommt häufig das Leben in der fremden Stadt, mit anderen Gewohnheiten, so daß das junge Mädchen nicht abwischen kann, ob die Bedingungen, unter denen es Beschäftigung annimmt, den Anforderungen der Stellung entspricht.

Zwar wird der Verkehr mit andern Mädchen auch Aufklärung über die am Ort üblichen Arbeitsbedingungen schaffen. Diese Aufklärung und auch die Verständigung über andre Dinge wird aber erschwert durch das Alleinarbeiten der Mädchen, das Gebundensein durch das Kost- und Logiswesen und durch die für Dienstmädchen geltenden gesetzlichen Bestimmungen. Noch immer unterstehen häusliche Dienstmädchen den Gebührenden, die den Herrschaften sogar das Nichtigungsrecht geben, ihnen gestatten, das ohne Kündigung forgezogene Mädchen zwangsweise durch die Polizei zurückholen zu lassen und Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis (Klagen über zurückbehaltene Lohn, einbehaltene Sachen usw.) mit wenigen Ausnahmen an die ordentlichen Gerichte weisen.

Durch diese Zustände veranlaßt, sind die häuslichen Dienstmädchen weit mehr als gewerbliche Arbeiterinnen von der Laune der Arbeitgeber abhängig. Außerdem sind die wenigsten über das Unterrichts, was sie gesetzlich zu verlangen haben und welche Wege sie gehen müssen, um zu ihrem Rechte zu gelangen.

Die sich hieraus ergebenden Folgen, deren Wirkungen noch erhöht werden durch die im Berufs übliche gewerkschaftliche Stellenvermittlung, treffen natürlich in erster Linie die jungen Mädchen, die unerfahren und berufs fremd Stellung als Dienstmädchen annehmen. Für sie ist es deshalb besonders wichtig, eine Stelle zu wissen, wo sie sich Rat holen können, die ihnen Schutz und Halt bietet, auch Gelegenheit schafft, kollegialen Anschluß an ihre Berufsgenossinnen und geistige Unterhaltung zu finden.

Diese Aufgaben erfüllt der Verband der Hausangestellten! Alle Eltern sollten deshalb ihren Kindern, die Stellung als Dienstmädchen annehmen wollen oder inne haben, dringend raten, sich dem Verbande der Hausangestellten anzuschließen, auch die unentgeltliche Stellenvermittlung des Verbandes in Anspruch zu nehmen. Der Verband gewährt seinen Mitgliedern unentgeltlichen Rechtschutz, Unterstützung in Krankheitsfällen, Aufklärung und geistige Unterhaltung und versucht überall dort, wo es gelingt Mitgliedern zu gewinnen, unentgeltliche Stellen nachweise zu errichten. In den drei Jahren seines Bestehens hat der Verband verschiedentlich Beweise für seine Wirksamkeit erbracht, die natürlich noch erheblich gesteigert werden wird, wenn es gelingt, ihm mehr Mitglieder zuzuführen. Auch aus diesem Grunde sollte die organisierte Arbeiterschaft ihre Familienangehörigen, die Stellung als Dienstmädchen inne haben oder annehmen wollen, veranlassen, sich dem Verbande der Hausangestellten anzuschließen. Sie würde dadurch beitragen, einer Arbeiterkategorie, die von der Gesetzgebung nach verschiedenen Richtungen hin bisher stets recht stiefmütterlich behandelt worden ist, die Selbsthilfe zu ermöglichen. Die Adresse des Verbandes ist: Zentralverband der Hausangestellten, Berlin S. O. 16, Engelsufer 21, III.

Von den zentralen Verhandlungen im Baugewerbe.

Am 9. März traten die Parteien unter dem Vorsitz der drei Unparteiischen wieder zu Verhandlungen zusammen. Die Anträge der Parteien zu dem Hauptvertrage und zu dem Vertragsmuster lagen nunmehr vor. Die Arbeiter haben sich mit ihren Anträgen auf Änderungen beschränkt, die das Vertragsmuster betreffen. Ihre Anträge beziehen sich besonders auf solche Bestimmungen, die in dem gegenwärtigen Vertragsverhältnis hauptsächlich zu Differenzen Veranlassung gegeben haben, und zwar insolge ihrer Unklarheit und deshalb zweideutigen Auslegung. Ihre Anträge wünschen eine größere Klarheit des Vertragsmusters, damit in Zukunft Differenzen, die aus Unkenntnis, wegen Meinungsverschiedenheiten oder auch insolge schändlicher Handhabung der Bestimmungen vermieden werden können oder verhindert werden müssen. Doch die Fassung eines Hauptvertrages halten die Arbeiter erst dann für opportun, wenn der Wortlaut des Vertragsmusters festgestellt ist. Der Unternehmerverband hat dagegen durch seine Anträge kundgetan, daß er eine vollständige Untrennung des Vertragsverhältnisses wünscht.

Während der zentralen Verhandlungen über die Lohnfrage trat bei den Unternehmern unternehmbar die Absicht zutage, einen zentralen Vertrag zu erstreben, bei dem die zentralen Organisationen die Träger der Verträge sind und die örtlichen Organisationen so gut wie ausgeschlossen werden. Durch Hauptvertrag wollen die Unternehmer der allgemeinen Einführung der Akkordarbeit die Wege ebnen. Nach ihrem Antrage verlangen die Unternehmer für die Akkordarbeit „freie Bahn“. Und die gleiche Tendenz spricht aus ihren Anträgen: Mehr „Ebenengleichheit“ für uns im Vertragsverhältnis und Zurückdrängung der Arbeiterorganisationen! Das ist die Lösung des Arbeitgeberverbandes,

unter der er die Tarifverhandlungen im Jahre 1913 eingeleitet hat und an der er bis zur Stunde festhält.

Dazu verlangt der Unternehmerverband noch die Durchführung der Organisationsarbeiten für die Durchführung des Tarifvertrages. Wenn man diesen Antrag scharf betrachtet, könnte man ihm zustimmen, denn er müßte bei den Mitgliedern des Unternehmerverbandes eine erhebliche Wirkung ausüben, wenn die Durchführung dieser Arbeit auch auf den eigentlichen Urheber einer Differenz ausgeübt werden würde. Aber das wird jedenfalls nicht beabsichtigt, und man wird noch sehen, wie die Unternehmer sich dagegen wehren werden; denn dann würde ja allen den Bundesmitgliedern das Handwerk gelegt, die es wirklich meistern wollen, sich gegen die Vertragskontrahenten auf Arbeitsebene möglichst schützens zu bemerken und fortwährend die Arbeiter provozieren. Gerade aus diesem Zustand hat sich eine solche Anzahl von Differenzen ergeben, gegen die die Arbeiter im Vertragsverhältnis bisher schimpflos geblieben sind. Es blieb ihnen dann nichts anderes übrig, als das Mittel der Selbsthilfe. Jetzt soll ihnen nach Ansicht des Unternehmerverbandes auch noch dieses Mittel aus der Hand geschlagen und seine Anwendung mit Strafe belegt werden. Solche Fesseln werden sich die Arbeiter natürlich nicht anlegen lassen. Ueber diese großen Unterschiede kam es gleich zu Beginn der Verhandlung zu prinzipiellen Erklärungen. Schließlich erklärten die Parteien sich damit einverstanden, Vorschläge von den Unparteiischen, wenn diese nicht den Charakter eines Schiedsprüchens tragen, entgegenzunehmen.

Es wurde dann in die Verhandlungen über das Vertragsmuster und die dazu gestellten Anträge eingetreten. Zunächst gab ein Antrag der Unternehmer, der sich auf die Arbeitszeit bezieht, zu lebhaften Auseinandersetzungen Anlaß. Der Antrag verlangt, daß bei ausreichenden Lichtverhältnissen die kürzere Winterarbeitszeit auf die gewöhnliche, und zwar ohne Lohnzuschlag, verlängert werden darf. Die Arbeiter stellen sich im Gegensatz hierzu auf dem Standpunkt, daß die normale Arbeitszeit im Baugewerbe sich stets nach den Lichtverhältnissen zu richten habe. Sie erklärten, daß sie sich nicht darauf einlassen könnten, daß der Zuschlag für Überstunden, wenn solche im Winter gemacht werden, erst von der zehnten überschreitenden Stunde an gezahlt wird. Auch gaben sie der Bestärkung Ausdruck, daß die Unternehmer ihren Antrag, wenn er in den Tarif aufgenommen wird, dazu benutzen würden, bei künstlichem Licht arbeiten zu lassen. Die Unternehmer bestreiten, daß das ihre Absicht sei. Eine Einigung wurde hierbei nicht erzielt, ebensowenig über die Frage der Bezahlung der Überstunden. Die Arbeiter wollen, daß die Überstunden nach Schluß der tariflichen Arbeitszeit beginnen und spätestens 8 Uhr abends enden, daß alle Arbeit zwischen 8 Uhr abends und 6 Uhr morgens als Nachtarbeit gilt, und daß die Sonntagsarbeit in der Nacht vom Sonntag auf Sonntag um 12 Uhr beginnt und in der Nacht vom Sonntag auf Montag um 12 Uhr endet. Nach dem Antrag der Unternehmer sollen als Überstunden solche Stunden gelten, die über die gewöhnliche Sommerarbeitszeit hinausgehen und in die Zeit von 5 Uhr morgens bis 9 Uhr abends fallen. Als Nachtstunden soll die Zeit von abends 9 Uhr bis morgens 5 Uhr gelten, als Sonntagsarbeit von morgens 5 Uhr bis abends 9 Uhr.

Starke Meinungsverschiedenheiten traten auch in der Frage der Akkordarbeit zutage. Nach dem bisherigen Verträge ist Akkordarbeit zulässig. Ob in Akkord gearbeitet wird, hängt von der Vereinbarung zwischen den einzelnen Unternehmern und Arbeitern ab. Die Unternehmer stellen einen Zusatzantrag, daß weder die Einführung, noch die Einschränkung der Akkordarbeit durch kollektive Maßnahmen herbeigeführt werden darf. Sie wollen, daß dadurch die Bestimmung des jetzigen Hauptvertrages, die durch die Begründung zum Hauptvertrage und durch die Entscheidungen des zentralen Schiedsgerichtes nach ihrer Meinung verschoben worden ist, wieder zur Geltung kommen soll. Die Arbeiter wollen die Bestimmung über Akkordarbeit aus dem Hauptvertrage heraus haben. Die Vertreter der Zimmerer verlangten, daß die Akkordarbeit, die in ihrem Berufe nur vereinzelt vorkommt, gänzlich ausgeschlossen wird, während die Maurer erklärten, daß sie zwar nicht die Absicht haben, die Akkordarbeit für das Maurergewerbe zu verbieten, daß sie aber die Sicherheit schaffen wollen, daß sie in Orten, wo sie bisher nicht besteht, auch nicht eingeführt wird. Sie wollen auch die Beschäftigung über die Akkordarbeit nicht individuell machen, sondern auch hier soll die Organisation ein Wort mitzureden haben. Ganz besonders wollen sie die Einführung der Akkordarbeit vom Abschluß eines Akkordtarifes abhängig machen.

Au den Bestimmungen über die Durchführung der Verträge beantragten die Unternehmer die Annahme eines Patentes, wonach zur Sicherung für alle Ansprüche aus den Bestimmungen der Verträge von den Arbeiter- und Unternehmerverbänden je 50 000 Mk. bei der Reichsbank hinterlegt werden sollen. Die Arbeiter lehnten das ab mit dem Hinweis, daß der tarifliche Gehalt im Baugewerbe noch nicht so in Fleisch und Blut der Beteiligten übergegangen ist, daß man derartige Maßnahmen treffen könnte. Ebenso lehnten die Arbeiter die von den Unternehmern verlangte Einbeziehung der Betonarbeiter in den Vertrag ab, während umgekehrt die Unternehmer nichts davon wissen wollten, daß Erdarbeiter, die zur Vorbereitung eines Hochbaues notwendig sind, unter den Vertrag fallen.

Nach Beendigung der allgemeinen Diskussion wurden die Unparteiischen ermächtigt, ein Tarifmuster auszuarbeiten.

Die Vorschläge, die die Unparteiischen am 12. März den Parteien unterbreitet haben, sind im allgemeinen auf dem bisherigen Vertragsmuster aufgebaut. Dies gilt insbesondere bezüglich der Arbeitszeit, wonach nur für einzelne Orte, in denen die Arbeitszeit zehn Stunden beträgt, eine allmähliche Herabsetzung erfolgen soll. Das gleiche ist von der Akkordarbeit zu sagen. Nach dem Vorschläge der Unparteiischen ist Akkordarbeit nur dort zulässig, wo sie schon bisher ausgeübt wird. Wo sie zulässig ist, muß ein Akkordtarif geschaffen werden. Die Tarifinhalte haben einen andern Aufbau gefunden.

Die von den Unternehmern beantragte Stellung einer Kaution von 50 000 Mk. zur Sicherung der Durchführung des Vertrages ist gestrichen worden. Die Betonarbeiter sind in den Vertrag einbezogen; doch soll

die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für sie durch erfolgen. Bezüglich der Erdarbeiter wird vorgeschlagen, daß Ausschachtungsarbeiten nach wie vor als Erdarbeiten gelten sollen.

Abends trafen die Parteien nochmals zusammen. Während die Arbeitervertreter erklärten, nach dem Vorschläge der Unparteiischen in örtliche Verhandlungen einzutreten, erklärten die Unternehmervertreter, die Vorschläge dem Gesamtvorstand zu unterbreiten und örtliche resp. bezirksliche Verhandlungen empfehlen zu wollen.

Beschlossen wurde sodann, daß, wenn die Unternehmer in Verhandlungen eintreten, diese bis zum 19. April beendet sein müssen. Bis dahin soll der jetzt geltende Vertrag verlängert werden.

Arbeiterversicherung.

Die Frau bei der Durchführung der Reichsversicherung. Die Krankenkassen waren seither die einzige öffentliche Körperschaft, die den Frauen das gleiche Versicherungsrecht wie den Männern einräumte. Nach § 37 des Krankenversicherungsgesetzes bezieht die Generalversammlung entweder aus sämtlichen Kassenmitgliedern, die großjährig, also über 21 Jahre alt und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind, oder aus Vertretern, die von den bezeichneten Mitgliedern aus ihrer Mitte gewählt werden. Die Kasse muß nach § 34 einen von der Generalversammlung gewählten Vorstand haben. Die Wahl erfolgt aus der Mitte der Generalversammlung. In ähnlicher Weise wird aus der Mitte des Vorstandes der Vorsitzende gewählt. Hieraus ergibt sich, daß den Frauen alle Ehrenämter offenstehen.

Die Reichsversicherungsordnung hat die Rechte der Frauen in der Durchführung der sozialen Versicherung erweitert. Sie unterscheidet zwischen der Teilnahme an der Verwaltung der Versicherungsträger (Krankenkassen, Berufsgenossenschaften und Invalidenversicherungsanstalten) und der Mitwirkung bei den neuen Versicherungsämtern.

Die erstgedachte Teilnahme ist den Frauen in unbeschränktem Maße gewährleistet worden und es besteht zwischen ihnen und den Männern kein Unterschied mehr. Nach § 12 der Reichsversicherungsordnung sind wählbar zu den Organen der Versicherungsträger volljährige Deutsche. Es können nunmehr die Frauen nicht nur zu allen Ämtern in der Kranken-, sondern auch in der Unfall- und Invalidenversicherung gewählt werden. Das gilt sowohl für die Wahlen der Vertreter der Unternehmer als auch für die Wahlen der Vertreter der Versicherten. Des weiteren gilt die Einschränkung auch nicht nur — obgleich die gesetzlichen Bestimmungen nur hiervon sprechen — von der Besetzung der Ehrenämter, sondern auch, was selbstverständlich ist, von der Uebertragung berufsmäßiger oder bezahlter Posten.

In der Krankenversicherung kommen in Frage die Vertreter eines Mitglieds des Ausschusses (wie in Zukunft die Generalversammlung heißt) und des Vorstandes. Ja es besteht sogar kein Hindernis, eine Frau als Kassenvorsitzende zu wählen. Stehen den Frauen auch alle berufsmäßigen Posten offen, so sollten sie doch wenigstens ausnahmslos zur Kontrolle der weiblichen Kranken herangezogen werden.

Die Unfallversicherung wird ja grundsätzlich nur von den Unternehmern verwaltet. Es steht diesen aber auch frei, Frauen zu ihren Vertretern in die Berufsgenossenschaftsversammlung und den Genossenschaftsvorstand zu wählen. Als Vertreter der Arbeiter kommen in der Unfallversicherung nur nach § 853 der Reichsversicherungsordnung die Vertreter der Versicherten zur Teilnahme an der Beratung und Beschlußfassung über die Unfallverhütungsvorschriften in Frage. Diese müssen zu dem angegebenen Zwecke in gleicher Zahl wie die Vertreter der Unternehmer herangezogen werden. Nunmehr können von den Wählern — den Vertretern der Versicherten bei den Oberversicherungsämtern — auch Frauen zu den Ämtern berufen werden.

In der Invalidenversicherung kommen als Organe der Landesversicherungsanstalten in Frage die Ausschüsse und die Vorstände. Ertere bestehen nur aus gleichberechtigten Vertretern der Unternehmer und der Versicherten, die sich ihren Vorsitzenden selbst wählen und es stünde hier ebenfalls der Wahl einer Frau zum Ausschussvorsitzenden nichts im Wege. Der Vorstand der Versicherungsanstalt besteht aus gleichberechtigten Vertretern der Arbeitgeber und Versicherten und aus einer beliebigen Zahl von Regierungsvertretern, darunter auch dem Vorsitzenden. Die Streitfrage, ob zu den letzterwähnten „beamteten“ Vorstandsmitgliedern von den Behörden ebenfalls Frauen berufen werden können, ist müßig, denn wenn es schon anginge, wird es doch nach Lage der Verhältnisse nicht geschehen.

Die hier dargelegte Erweiterung der Rechte der Frauen hat jedoch Halt gemacht bei den Versicherungsbehörden. Bei den Versicherungsämtern, Oberversicherungsämtern und dem Reichsversicherungsamt sind zwar auch in partiieller Besetzung Vertreter der Unternehmer und Versicherten vorhanden, aber hierzu sind nach ausdrücklicher Bestimmung nur Männer wählbar. Alle Vermählungen der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, auch hier den Frauen die Gleichberechtigung zu bringen, scheiterten an dem rückschrittlichen Verhalten der bürgerlichen Parteien, die auf keinen Fall die Frau zur Nachbesetzung berufen sehen wollten.

Alles in allem bedeuten die neuen gesetzlichen Bestimmungen immerhin einen kleinen Fortschritt in der Frauenemanzipation. Dieser ist um so beachtlicher, als nach § 15 der Reichsversicherungsordnung nunmehr in alle Wahlen der Vertreter der Arbeitgeber und Versicherten nach dem Grundsatz der Verhältniswahl festzustellen haben. Dieses W.-verfahren wird dort, wo mehrere Vorschlagslisten zur Auswahl stehen, wie z. B. bei den großen Ortskrankenkassen, die Wahlberechtigung ungemischt bestehen kommt es doch nicht mehr, wie bei dem jetzigen Mehrheitsprinzip, darauf an, daß eine Liste mit Stimmenmehrheit liegt, sondern daß sie recht viele Stimmen erhält, damit die Zahl der wirklich gewählten Vertreter, die auf jede Liste entfällt, möglichst groß wird.

Die Frauen haben ja auch ein großes materielles Interesse daran, sich an der Durchführung der sozialen Versicherung in umfassendem Maße zu beteiligen. Die einzelnen Versicherungszweige lassen eine mannigfache Ausgestaltung der Leistungen durch die Versicherungs-

träger zu. Das ist namentlich in der Krankenversicherung der Fall. Es ist besonders an die Mutterchaftsversicherung zu erinnern, die ja in den im Wesentlichen vorgelebten Mindestleistungen äußerst sorgfältig ist. Die einzelnen Krankenkassen können sie, wenn sie wollen, erheblich ausdehnen. Hier haben die Frauen ein großes Arbeitsfeld und es kann vieles besser werden, wenn sich die Frauen ihrer Aufgaben voll bewußt werden.

Genossenschaftliches.

Die Entwicklung der Grobhandlungsgesellschaft deutscher Kaufmännervereine im Jahre 1912 war eine überaus glänzende. Der Warenumsatz stieg von 109 605 469,39 Mk. auf 135 907 173,21 Mk., also um 26 301 703,82 Mk. — rund 24 Proz. Der Umsatz der Zigarrren- und Tabakfabriken erhöhte sich von 2 692 608,25 Mk. auf 3 365 528,24 Mk., also um 672 919,99 Mk. — 25 Proz. Bedeutlich entwickelte sich die Seifenfabrik. Sie steigerte ihren Umsatz von 4 863 904,30 Mk. auf 5 539 737,66 Mk., also um 675 833,36 Mk. — fast 14 Proz. Ganz gewaltige Fortschritte machte die Bankabteilung. Sie setzte auf Girokonto um im Kredit 156 877 109,73 Mk. gegen 97 242 189,85 Mk. im Vorjahr, also 59 634 919,88 Mk. oder reichlich 61 Proz. mehr; im Debit 154 537 935,19 Mk. gegen 95 489 351,39 Mk. im Vorjahre, also 59 048 583,80 Mk. oder fast 62 Proz. mehr.

Dieses allgemeine Wachstum darf die deutschen Genossenschaften mit berechtigtem Stolz erfüllen. Während die englische Grobhandlungsgesellschaft im 19. Jahre ihres Bestehens es erst auf 83 Millionen Mark Umsatz gebracht hatte, weist die deutsche nach neunzehnjähriger Tätigkeit bereits 136 Millionen Mark auf. Das eröffnet die schönsten Aussichten für die Zukunft.

Vom Ausland.

Oesterreich.

Wien. Der Lohnervertrag der Anstreicher ist abgefallen. Die Anstreicher und Lackierer stehen vor dem Kampf, deshalb ist Zugang streng fernzuhalten. Leinwand ist für Maler, Anstreicher und Lackierer gesperrt.

Prag. Die Maler stehen in Lohnbewegung, deshalb ist Prag für alle Maler gesperrt.

St. Pölten. Nachdem die Metzger die Arbeitsbedingungen verschlechtern wollen und kein Vertrag erzielt, ist St. Pölten für alle Metzger gesperrt.

Mexan. Die Verhandlungen wegen des Lohnertrages sind bis jetzt resultatlos, deshalb ist Zugang streng fernzuhalten.

Kraus. Die Firma Friedlich ist wegen Vertragsbruchs gesperrt.

Literarisches.

Karl Marx, der Mann und sein Werk. Unter Mitwirkung von Karl Lauterbach, Max Adler, Otto Bauer, Otto W. Wien, Jul. Deutsch, Gust. Cassin, Adelheid Popp, Anna Schlegelinger, Otto Hahn und Leop. Winauer, herausgegeben von Robert Danneberg. 64 Seiten. Mit 3 Bildern. Preis 36 Heller — 30 Hg. Verlag des Verbandes der jugendlichen Arbeiter (Anton Feischel.) Kommissionsverlag der Wiener Volksbuchhandlung Jg. Brand & Co. Diese Broschüre stellt sich überaus leicht und angenehm, da der Leser infolge der zahlreichen Mitarbeiter auch eine Abwechslung im Stille findet und jeder Aufsatz für sich ein abgeschlossenes Ganzes bildet. Junge und alte Arbeiter werden in ihr reiche Belehrung und mannigfache Anregung finden. Die Broschüre ist gegen Voreinsendung des Betrages von 45 Heller (Penny) in Briefmarken vom Verband der jugendlichen Arbeiter Wien V., Rechte Wien, Nr. 97 oder durch die Wiener Volksbuchhandlung zu beziehen.

In den Tod getrieben. Unter diesem Titel erschien soeben ein neuer Band der Vorwärts-Bibliothek (Verlag der Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. Berlin S.W. 68). Er enthält zwei Erzählungen von Ernst Preussner. Beide Erzählungen sind fesselnd geschrieben und werden die Leser von der ersten Seite bis zum Schluß interessieren.

Der Preis des gut ausgestatteten Bändchens beträgt gleich allen früher erschienenen Bändchen der Vorwärts-Bibliothek gebunden 1 Mk. Die Vorwärts-Bibliothek ist in allen Parteibuchhandlungen und Expeditionen vorrätig.

Das Sturmeszeit betitelt sich der Roman, der gegenwärtig in der populären Wochenchrift „Zu freien Stunden“ abgedruckt wird und dessen Lektüre durchaus zu empfehlen ist, da in demselben den Lesern ein überaus fesselnd geschriebenes Bild von den Sitten- und Gesellschaftszuständen während der russischen Revolution vor Augen geführt wird.

„In freien Stunden“ kostet 10 Hg. pro Heft und wird für diesen Preis ohne Aufschlag in die Wohnung gebracht. Bestellungen nehmen alle Zeitungs-Expeditionen und Kolporteurs entgegen. Probenummern liefert der Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. Berlin S.W. 68, kostenlos.

Die Konjunktionsbewegung der deutschen Arbeiterklasse von Paul Schre. Unter diesem Titel ist soeben Heft 8 der „Abhandlungen und Vorträge zur sozialistischen Bildung“ erschienen, die vom Genossen Grünwald im Verlage von Saden u. Comp. in Dresden herausgegeben werden.

Bei diesem Heft läßt sich wirklich das so oft mißbrauchte Wort anwenden, daß es einem lange geübten Bedürfnisse entgegenkommt. Denn wir haben in der ganzen Arbeiter-Literatur keine kurze Geschichte der Arbeiter-Genossenschaftsbewegung. Wir haben auch bisher keine kurze tatsächliche und grundsätzliche Erörterung der Beziehung zwischen Genossenschaftsbewegung und Sozialdemokratie, die sich frei hielte von einer polemischen Auseinandersetzung. Die Gähresche Broschüre gibt nur, was ist; sowohl in Geschichte wie in Taktik und Prinzip. Gerade dadurch aber wirkt sie so eindringlich, belehrend und erzieherisch. Sie enthält eine umfassende Geschichte der deutschen Arbeiterkonjunktionsbewegung, eine

Hare und materialreiche Darstellung des Standes und des Charakters der Bewegung im Jahre 1912 und bis dahin, und sie gibt schließlich die objektive grundsätzliche Stellung der Partei und der Gewerkschaften zu der Genossenschaftsbewegung.

Das Heft, das wieder sehr gut ausgestattet ist und bei 55 Seiten mit 50 Ill., ist, wird daher den Genossenschaftlern wie den Partei- und Gewerkschafts-Genossen gleich willkommen sein. Es ist durch jede Buchhandlung und durch jeden Stolporteur zu beziehen. Erweiterter Jugend. Die soeben erschienene Nummer 5 des fünften Jahrganges hat unter anderem folgenden Inhalt: Fürsorge. Von den Bundesstaaten. — Tage der Blindheit. Von Wilhelm Schröder. — Das Herz und die Blutgefäße. Von A. Lipschütz (Mit Abbildungen). — Fußballklub. — Die Gegner an der Arbeit. Zur wirtschaftlichen Lage. Aus der Jugendbewegung usw.

Gehört Du zu uns? Eine Adresse an einen jungen Arbeiter von Heinrich Schulz. Mit dieser Schrift trägt die Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands einem oft geäußerten Wunsche der Jugendauschüsse Rechnung: das Büchlein will den jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen Aufklärung über das Wesen und das Wesen der proletarischen Jugendbewegung geben. Preis 20 Pf. im Buchhandel und 10 Pf. im Parteibezug. — Neben dieser Ausgabe ist eine für die Agitation bestimmte billige Ausgabe hergestellt worden, von der 100 Exemplare 1 M. und 1000 Exemplare 10 M. kosten.

Arbeitszeit und Löhne im Fischergewerbe. Nach einer Statistik des Deutschen Holzarbeiterverbandes vom November 1911 herausgegeben vom Verbandsvorstand, Berlin 1913, Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, G. m. b. H. Preis brosch. 2 M., gebunden M. 2.50.

Zur Lage der Musikinstrumentenarbeiter. Protokoll der Verhandlungen der zweiten Konferenz der Musikinstrumentenarbeiter, abgehalten am 17. und 18. Nov. 1912 im Gewerkschaftshaus zu Berlin. Berlin 1912, Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, G. m. b. H. Preis 10 Pf.

Der Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter in Bochum hat soeben zwei beachtenswerte Broschüren herausgegeben:

Die Streikjustiz im Ruhrrevier oder Madame Justitia mit verbundenen Augen. Preis für Mitglieder 30 Pf., im Buchhandel 50 Pf.

Die Streikjustiz vor Gericht. Stenographischer Bericht vom Prozeß Dr. Levi, Neumann und Schöred.

Arbeiterbildungslehre Berlin. Jahresbericht über die Tätigkeit vom 1. Oktober 1911 bis 30. September 1912. Berlin C, Grenadierstr. 37.

Die Klagen des Krankenpflegepersonals vor dem Deutschen Reichstage. Nach dem amtlichen Stenogramm

der Sitzungen am 28. Januar und 1. Februar 1913. Verlag des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Berlin W. 67, Winterfeldstr. 24.

Sterbetafel.

Berlin. Am 6. März starb der Kollege Max Hirsemann, geb. am 20. September 1864.

Darmstadt (Zahlstelle Eberstadt). Am 7. März starb unser Kollege Peter Gehring im 59. Lebensjahr.

Stuttgart. Am 14. März 1913 starb unser Mitglied Ludwig Aspacher im Alter von 26 Jahren infolge eines Unglücksfalles.

Ehre ihrem Andenken!

Dereinstell.

Bekanntmachung.

Bestätigt werden hiermit die Neu- und Ersatzwahlen der Füllialverwaltungen, die bis zum 15. März gemeldet sind.

Material wurde versandt:

B. = Beitragsmarken. C. = Eintrittsmarken. D. = Duplikatsmarten. F. = Futterale. M.-M. = Marken-Mappen.

Berlin 10000 B. a 70 S., 4000 B. a 90 S., 4000 B. a 40 S., 14000 B. a 60 S., 1000 G.; Weiden 1000 B. a 70 S., 100 G., 100 F.; Breslau 600 B. a 65 S.; Celle 200 B. a 20 S.; Chemnitz 4000 B. a 70 S., 2000 B. a 90 S., 2000 B. a 110 S., 100 G.; Cöln 4000 B. a 110 S., 500 G.; Cottbus 400 B. a 65 S.; Cuxhaven 400 B. a 90 S.; Dessau 30 G.; Dortmund 100 G.; Eberswalde 400 B. a 60 S., 800 B. a 70 S., 20 G.; Eisenach 400 B. a 70 S., 100 B. a 40 S.; Schwewe 800 B. a 80 S., 800 B. a 100 S.; Flensburg 10 S.; Freiburg 400 B. a 70 S., 400 B. a 90 S., 400 B. a 110 S., 30 G.; Friedberg 20 G.; Gera 100 B. a 85 S., 400 B. a 25 S.; Gotha 200 G.; Hagen 400 B. a 75 S., 400 B. a 95 S., 400 B. a 115 S.; Hof 200 B. a 110 S.; Ingolstadt 100 B. a 45 S.; Karlsruhe 400 B. a 30 S.; Koberger 400 B. a 65 S.; Königsberg 800 B. a 90 S., 800 B. a 110 S., 400 B. a 50 S., 400 B. a 70 S.; Kronitz 200 B. a 25 S.; Meuselwitz 100 B. a 80 S.; Mühlhausen 400 B. a 25 S.; Naumburg 400 B. a 60 S., 400 B. a 80 S., 200 B. a 100 S.; Osnabrück 400 B. a 65 S., 200 B. a 85 S., 200 B. a 105 S., 200 B. a 30 S.; Schleswig 100 B. a 90 S., 200 B. a 110 S.; Speyer 100 B. a 70 S., 100 B. a 90 S., 100 B. a 25 S., 10 G.; Stettin 800 B. a 110 S., 1200 B.

a 25 S.; Thorn 100 B. a 70 S., 100 B. a 110 S., 100 B. a 20 S., 100 B. a 60 S.; Würzburg 10 B., 4 M.-M.

Duplikate wurden ausgestellt für die Kollegen: Ludwig Meiß, Buchn. 13663, bez. bis 8. B. 13 (Frankfurt a. M.); Ernst Wiedenbein, Buchn. 14200, bez. bis 8. B. 13 (Magdeburg); Edmund Weyand, Buchn. 19395, bez. bis 4. B. 13 (Cöln); Fritz Zaubach, Buchn. 20492, bez. bis 4. B. 12 (Freiburg); Sign. Gütbler, Buchn. 32291, bez. bis 8. B. 13 (Singen); Karl A. Siebert, Buchn. 30308, bez. bis 8. B. 13 (Frankfurt a. M.); Max Mundry, Buchn. 33296, bez. bis 4. B. 13 (Wreslau); Heinz. Hopp, Buchn. 36589, bez. bis 4. B. 13 (Wannheim); Walt. Gerbeht, Buchn. 34346, bez. bis 6. B. 13 (Pflaun); Georg Hofmann, Buchn. 213, bez. bis 4. B. 13 (Halle a. S.); Peter Schwarz, Buchn. 36665, bez. bis 4. B. 13 (München); Karl Richter, Buchn. 34687, bez. bis 4. B. 12 (Bremen); Albert Leske, Buchn. 30333, bez. bis 4. B. 12 (Thorn); Erasmus Obermeier, Buchn. 3390, bez. bis 5. B. 12 (München); Max Fiebach, Buchn. 71589, bez. bis 7. B. 13 (Berlin); Heinz. Müntz, Buchn. 73129, bez. bis 5. B. 12 (Stuttgart).

Die Woche vom 23. bis 29. März ist die 13. Beitragswoche. H. Wentler, Kassierer.

Zentral-Kranken- und Sterbefafel

der Maler und bezw. Berufsgenossen Deutschlands (Wingelkreuz Nr. 111/112/113/114/115/116/117/118/119/120)

Bericht der Hauptafel vom 9. bis 15. März.

Zuschüsse wurden an folgende Verwaltungen abgefand an: Heibelberger in Halle a. d. S. A 400.—; Marklein in München 600.—; Hermann in Heilbronn a. N. 100.—; Schäfers in Steglitz 200.—; Hermann in Charlottenburg 250.—; Rothe in Adlershof 100.—; Löfel in Fürtth i. B. 50.—; Schulze in Spanbau 100.—; Solsched in Rohnaives 150.—.

Krankengelder erhielten Buchn. 24 343, S. Falho in Naabe, A 13.50; Buchn. 5485, B. Kropf in Cassel, 31.50; Buchn. 24 318, C. Spielmann in Holzhausen, 13.50; Buchn. 37 583, F. Heril in Bad Neichenhall, 13.50; Buchn. 26 307, W. Hartmann in Göttrichen, 13.50; Buchn. 31 302, H. Reijner in Frankenstein i. Schlefien 4.50; Sterbegeld 110.—; Buchn. 30 761, W. Vogelgang in Oberburg i. Großherzogt., 13.50; Buchn. 5756, H. Rettig in Witz a. Mügen, 13.50; Buchn. 36 312, H. Meile in Poln. Neitow, 19.80.

Das Resultat der Abgeordnetenwahlen zur Generalversammlung in Leipzig wird in der nächsten Nummer dieses Blattes bekanntgegeben.

H. Warnde, Hauptkassierer.

Coblenz. Unter Reichshof... Gortorstraße 61. Filiale Hamburg. Walter Dreger, Blankesee. Flecken Gitarrepieler.

Malerschule zu Hamburg. Wänela Schütza, Strichhaus 12. Ausstellung.

Lager in prima Pinieln. P. Steet.

Schablonen stets Neuheiten! G. Lorenz Schablonenwerk Cossebaude-Dresden.

Bestellbare Schraubböhrer. Verstellbare Durchziehpinsel. P. Reetz, Nürnberg.

Farbige Porträts. Nebenberdienst. Georg Stierler, Graben-Teich 5.

Jeder Herr, Kavaliere-Garderobe. Ich liefere solche aus la. Maßstoffen zu nachfolgend staunend billigen Preisen: Sacco- und Schwalbenrock-Anzüge... Bitte zu beachten! J. Kalter, München, Tal 19.

Spezialversandhaus für Herrenkleider von Herrschaften u. Kavaliere stammend. L. Spielmann München, Gärtnerplatz Nr. 2.

Die Rätsel der Farbenharmonie. Paul Baumann, Aug. L. Sa., Wettinerstr. Nr. 50.

Günstig für jeden Kollegen! Frachtwort Neuheit in Schablonen...

Zögern Sie nicht. Bekleidungshaus N. Kurzmantel & Co. München 9, Josefspitalstr. 1.

Die Holz- und Marmoralerei. Die Firmenalerei. G. Dickhaut, Frankfurt a. M.

Wollen Sie Geld sparen? Dann tragen Dauer-Wäsche. Wäsche-Versand Freisieben Dresden 1, Postschließfach 1.

Maier-Mäntel. D. Wurzel & Co., Berlin, Bräuerstraße 13, 1.